

Karin Fischer / Johannes Jäger /
Lukas Schmidt (Hg.)

ROHSTOFFE UND ENTWICKLUNG

Aktuelle Auseinandersetzungen im
historischen Kontext



nap

Karin Fischer / Johannes Jäger / Lukas Schmidt (Hg.)

ROHSTOFFE UND ENTWICKLUNG

Wien 2016

Historische Sozialkunde / Internationale Entwicklung

Geschäftsführender Herausgeber:
Gerald Faschingeder (Wien)

HerausgeberInnen:
Joachim Becker (Volkswirtschaft, Wien)
Birgit Englert (Afrikawissenschaften, Wien)
Andreas Exenberger (Wirtschaftsgeschichte, Innsbruck)
Karin Fischer (Soziologie, Linz)
Ingeborg Grau (Afrikawissenschaften, Wien)
Karl Husa (Geographie, Wien)
Franz Kolland (Soziologie, Wien)
Andrea Komlosy (Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Wien)
Wolfram Manzenreiter (Ostasienwissenschaften, Wien)
David Mayer (Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Wien)
Hermann Mückler (Kultur- und Sozialanthropologie, Wien)
Birgit Sauer (Politikwissenschaft, Wien)
Koen Smet, (Department Volkswirtschaft, Wien)
Sabine Strasser (Kultur- und Sozialanthropologie, Bern)

für den Verein für Geschichte und Sozialkunde (VGS),
in Kooperation mit dem Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte
der Universität Wien
und dem Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den
österreichischen Universitäten

Karin Fischer / Johannes Jäger /
Lukas Schmidt (Hg.)

Rohstoffe und Entwicklung
Aktuelle Auseinandersetzungen im
historischen Kontext

Historische Sozialkunde /
Internationale Entwicklung 35

Gedruckt mit Förderung der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit und des Kulturamtes der Stadt Wien, Abteilung Wissenschaft und Forschungsförderung.



Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Historische Sozialkunde / Internationale Entwicklung 35/2016
Journal für Entwicklungspolitik, Ergänzungsband 27

© 2016 Verein für Geschichte und Sozialkunde, New Academic Press / Wien
Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm, CD oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Umschlaggestaltung: Jarmila Böhm
Coverillustration: Bauxitabbau in Sangaredi (Guinea), Februar 2012
Foto: © Johannes Knierzinger
Lektorat: Andrea Schnöller
Satz: Marianne Oppel
Druck: Interpress, Budapest
ISBN: 978-3-7003-1955-9

Inhalt

Karin FISCHER – Johannes JÄGER – Lukas SCHMIDT Umkämpfte Rohstoffe und Entwicklung. Eine Einführung	7
--	---

Rohstoffaneignung in theoretischer und historischer Perspektive

Karin FISCHER Rohstoffe und Entwicklung – und was Entwicklungstheorien dazu sagen	19
--	----

Andrea KOMLOSY Kapitalismus als <i>frontier</i> Die Verwandlung von Kulturen in Rohstofflieferanten	36
---	----

Christine KLAPEER – Karin SCHÖNPFLUG „Die verborgenen Schätze müssen aus ihrem dunklen Schoß entrissen werden.“ Feministische und postkoloniale Reflexionen zu gesellschaftlichen Natur- und Ressourcenkonzeptionen	52
--	----

Marina FISCHER-KOWALSKI – Irene PALLUA Ressourcenextraktion und Ressourcenverbrauch – globale Trends, regionale Muster	65
--	----

Fridolin KRAUSMANN – Ernst LANGTHALER Nahrungsregime und Umwelt in der Globalisierung (1870–2010)	85
--	----

Umkämpfte Rohstoffpolitik

Philippe LE BILLON – Gavin BRIDGE Die neue Geopolitik des Erdöls	107
---	-----

Koen SMET Rohstoffunternehmen und Finanzialisierung	126
--	-----

Karin KÜBLBÖCK Internationale Rohstoffpolitik im Wandel Zwischen Zugangssicherung und lokaler Entwicklung	139
---	-----

Martina NEUWIRTH „Tax matters“: Über Steuervermeidung und Gegenstrategien im Rohstoffsektor	153
--	-----

Umkämpfte Entwicklungsstrategien

Andreas EXENBERGER Konflikte um Rohstoffe im Weltsystem – das Fallbeispiel Kongo	171
---	-----

Hans-Heinrich NOLTE Rohstoffausbeutung im Kontext ungleich verbundener Entwicklung in Osteuropa	188
---	-----

Johannes KNIERZINGER Bauxit und Aluminium aus Afrika Ausbeutung auf Umwegen	203
---	-----

Kristina DIETZ – Bettina ENGELS Umkämpfter Rohstoffboom Akteure und Strategien in Konflikten um Bergbau in Subsahara-Afrika und Lateinamerika	220
--	-----

Markus WISSEN – Ulrich BRAND Imperiale Lebensweise und die politische Ökonomie natürlicher Ressourcen	235
---	-----

Autorinnen und Autoren	249
------------------------------	-----

Andrea Komlosy

Kapitalismus als *frontier* **Die Verwandlung von Kulturen in Rohstofflieferanten**

„Frontier“ dient als ein analytischer Zugang zum Umgang mit Rohstoff und Natur im Kapitalismus. Er entstammt geostrategischen Vorstellungen von Grenzräumen im Zuge der Herausbildung mittelalterlicher Reiche in Europa. Eine *frontier* diente gleichzeitig der Verteidigung und der Ausdehnung eines Machtbereichs, es handelte sich um flexible, wandernde Grenzräume. Solche Räume zogen Pioniere an, die sich bei der Landnahme und Besiedlung durch Wagemut Verdienste und sozialen Aufstieg erwarben. Durch vielfältige Einflüsse und Akkulturation entstanden Frontiergesellschaften, die sich durch besondere Innovationsfähigkeit auszeichneten (Nolte 2004).

Im Deutschen wurden solche Erweiterungsfronten als Marken bezeichnet. Die nach Osten wandernde Grenze des Fränkischen, später des Heiligen Römischen Reichs, war durchgängig von Marken gesäumt, von wo aus weitere Vorstöße in unbekanntes Land vorgenommen wurden. Ein wesentliches Kriterium für die Abgrenzung des Eigenen vom Fremden bildete die Religion, und Eroberung ging daher mit Christianisierung einher. In romanischen Sprachen bediente man sich zur Bezeichnung beanspruchter Grenzräume der Metapher der „Front“. In Spanien der Reconquista waren *fronteras* Räume, die von muslimischen Herrschern erobert und gegen diese als Bollwerke des Christentums errichtet wurden. *Antemurales christianitatis* entstanden auch gegenüber Tataren und Osmanen, wobei sich beim Aufeinandertreffen von griechisch-orthodoxen Kirchen byzantinischen Ritus' und dem Islam Formen der Toleranz und Durchlässigkeit entwickelten, die es weder im römisch-katholischen Christentum noch im Protestantismus gab. Im Französischen manifestierte *frontière* die – auf Basis von Geschichte, Naturraum, Sprache oder Nation vorgetragenen – territorialen Ansprüche gegenüber dem Deutschen Reich.

Mit der Conquista übertrug sich die „Pioniergrenze“ auf die kolonialen Erweiterungsräume in den Amerikas, die von anfänglichen Insellagen und Gebietsflecken ausgehend zunehmend flächenhafte Territorialität erlangten. Zur religiösen Überlegenheit gesellte sich der Rassismus, der die Frontstellung zwischen Indigenen (Wilden, Heiden) und Zivilisierung bringenden Kolonisatoren verhärtete. Ein Ende nahmen politische, religiöse und koloniale Erweiterungsprojekte, wenn eine physische Grenze erreicht war (etwa der Pazifik) oder wenn eigene Schwäche oder ein mächtiger Gegner der weiteren Expansion einen Riegel vorschoben. Damit verwandelte sich – in Anlehnung an den Limes des Imperium Romanum – der unbegrenzte Herrschaftsanspruch in Begrenzung,

die zunehmend als vertraglich gesicherte Linie gedacht wurde. Diese wurde als *limite*, *boundary*, Grenze bezeichnet (Prescott 1978).

Bei der Anwendung des *frontier*-Begriffs auf den Prozess der zu ständiger Erweiterung und Beschleunigung drängenden Kapitalakkumulation geht es um den Zugriff auf Land, Rohstoffe und Arbeitskräfte. Da Wachstum Grundvoraussetzung für das Funktionieren von Kapitalismus ist, darf dieser Prozess nicht zum Stillstand kommen. Kapitalismus ist also *frontier*, allerdings ohne Limit. Rein räumlich gesehen, gibt es spätestens seit dem Ende des 19. Jahrhunderts keine Gebiete mehr, die nicht dem Zugriff des Kapitals ausgesetzt sind. Das Ende der nicht-kapitalistischen Welt verleitete damals viele Zeitgenossen, vor allem SozialistInnen, ein baldiges Ende des kapitalistischen Systems anzunehmen. Sie übersahen allerdings, dass kapitalistische Erweiterung auch eine stoffliche Komponente besaß, die sich im Ausmaß und der Intensität der Verwandlung von Dingen in Waren, der Kommodifizierung, ausdrückte. Nicht nur menschliche Bedürfnisse, sondern die Arbeitskraft selbst wurde zunehmender Kommodifizierung unterworfen. Auch heute ist, nicht zuletzt aufgrund der begrenzten Ressourcen und Reproduktionskräfte, ein Ende des Kapitalismus denkbar; diesem steht allerdings die Möglichkeit der Erneuerung durch Austausch und Regeneration erschöpfter Räume und Ressourcen, Kommodifizierung weiterer Bedürfnisse und die Beschleunigung akkumulativer Prozesse entgegen.

Im vorliegenden Beitrag wird *frontier*-Expansion auf den Rohstoffhunger angewandt, der der Wachstumsgesellschaft inhärent ist. Wir fassen die Geschichte des globalen Kapitalismus als Geschichte der ständigen Erweiterung und Neuordnung von *commodity frontiers*. Dabei wird gegenüber der Perspektive der kolonialen Pioniere, die die Erweiterungsgebiete als wild, barbarisch, jungfräulich, zur freien Entnahme von Land, Ressourcen und Arbeitskräften ansahen, die Eigenständigkeit der örtlichen Kulturen hervorgehoben. In den indigenen Kulturen waren Landwirtschaft und Verarbeitung, Marktproduktion und Versorgung eng aufeinander bezogen. Sie waren keineswegs bereit, ihre Lebensweise dem Zugriff der Rohstoff- und Menschenjäger zu unterwerfen. Die Erweiterung von *commodity frontiers* ist daher immer auch eine Geschichte von Gewalt und Widerstand, Niederschlagung, Zähmung, Kooptierung und Zwangsmobilisierung. Nur so gelang die Verwandlung agroindustrieller, reziproker Kulturen in Zulieferer von Rohstoffen und Komponenten für die in den Zentren der Weltwirtschaft konzentrierte Finalproduktion. Zwecks Legitimierung des Zugriffs und der daraus resultierenden offensichtlichen Ungleichheit musste – und muss bis heute – den Zuliefernden ihr Eigensinn und ihre Souveränität abgesprochen werden. Stattdessen kleidet man sie in Kategorien der Wildheit und Rohheit, die aus der Integration in die internationale Arbeitsteilung Entwicklungsfortschritte erwarten können.

Konzepte: Frontier – Inkorporierung – Inwertsetzung

Edward Barbier betrachtet Rohstoffhunger als eine Konstante in der Geschichte der Menschheit (Barbier 2011). Er setzte vor 10.000–12.000 Jahren mit dem Übergang zum agrikulturellen Zeitalter ein. Seitdem fanden acht Schübe sogenannter „*frontier expansions*“ statt, die jeweils eine neue Form der Erschließung – also neue Rohstoffe, neue Räume, verbunden mit neuen Energiesystemen, Transport- und Verarbeitungstechnolo-

gien – einleiteten. Der Übergang zum „Golden Age of Resource-Based Development“ im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts beschleunigte die Notwendigkeit weiterer „frontier expansions“. *Frontiers*, d.h. Erschließungsräume für die Gewinnung knapper Rohstoffe, sind laut Barbier integraler Bestandteil menschlichen Strebens nach Bedürfnisbefriedigung und weder an eine bestimmte Entwicklungsstufe noch an ein bestimmtes Gesellschaftssystem gebunden; er sieht sie als Anstoß zu Entwicklung und Innovation. In kritischen Kapitalismus-Analysen steht die *frontier*-Metapher für das Prinzip der Kapitalakkumulation, die auf ständige Vertiefung und Erweiterung angewiesen ist, um die Voraussetzung ihres Erfolgs, Wachstum, zu gewährleisten.

Immanuel Wallerstein stellt die weltweite Expansion des seit dem 16. Jahrhundert von Westeuropa ausgreifenden Kapitalismus als einen Prozess dar, der räumlich und zeitlich gestaffelt war (Wallerstein 1998–2012). Den Ausgriff auf neue Räume fasst er im Begriff der „Inkorporierung“: Inkorporierung bedeutet die Eingliederung einer Region, die bisher außerhalb kapitalistischen Zugriffs lag, in die ungleiche Arbeitsteilung des europäischen Weltsystems. Dies war für die betroffenen Regionen mit Peripherisierung verbunden und ging mit der Verwandlung in eine Rohstoff-Zulieferregion für die jeweiligen, sich im Zuge dessen als Verarbeitungsgebiete etablierenden Zentralräume einher. Kapitalismus braucht also Regionen, die auf Rohstoffherzeugung reduziert werden. Das kann durch Eroberung, informelle Herrschaft, Konkurrenzdruck, ungleiche Verträge, Protektionismus oder Freihandel bewerkstelligt werden. Entscheidend ist, dass aus diesen Regionen keine industrielle Konkurrenz (mehr) erwächst und ihre BewohnerInnen stattdessen Rohstoffe für die Weiterverarbeitung in den Zentren erzeugen. Wallerstein setzt die Inkorporierung Nordosteuropas und Lateinamerikas im 16. Jahrhundert, des indischen Subkontinents, Westafrikas, des Russischen und des Osmanischen Reichs im 18. Jahrhundert an, während China und Japan erst im 19. Jahrhundert in das Weltssystem eingebunden wurden. Mit dem Begriffspaar „Zentrum“ und „Peripherie“ stellt Wallerstein zwei raumfunktionale Kategorien zur Verfügung, die die Aufspaltung von lokal und regional integrierten Kreisläufen in Rohstofflieferanten und Industrieproduzenten sowie deren hierarchische Verbundenheit im Rahmen der ungleichen überregionalen Arbeitsteilung zum Ausdruck bringen. Mit „Semiperipherie“ deutet Wallerstein an, dass es Abstufungen, Zwischenpositionen und Mittler gibt und sich die Stellung einer Region aufgrund veränderter Rahmenbedingungen oder erfolgreicher Entwicklungsbestrebungen unter Umständen auch ändern kann. Der Begriff der „Kommodifizierung“ ergänzt die räumliche Ebene der Inkorporierung durch eine sachliche.

Jason Moore sieht das Fundament des globalen Kapitalismus in der Entwertung und Indienstnahme der Natur (Moore 2015). Dies setzt die konzeptionelle Trennung des Menschen von der restlichen Natur voraus, damit sich dieser – nach der Devise von René Descartes – „zum Herren und Eigentümer der Natur“ machen“ kann. Von dieser Allmachtphantasie geht auch die Inbesitznahme der Frauen(arbeit) aus. Die Entwertung der Frauenarbeit und ihre Umdeutung zur Naturressource wurde überhaupt erst möglich, als im Zuge der Aufklärung Natur als Antipode der menschlichen Zivilisation etabliert und der Mensch aus seiner Verbundenheit mit der Natur herausgeholt worden war. Wie feministische ForscherInnen aufzeigten, wurde die Arbeit der Frauen im Zuge der Trennung zwischen unbezahlter Haus- und bezahlter Erwerbsarbeit, zwischen privat und öffentlich, aus Wirtschaft und Arbeitswelt hinaus- und in den Bereich der Natur hineindefiniert

(Bock/Duden 1977; Werlhof/Bennholdt-Thomsen/Mies 1983; Komlosy 2014). „While all civilizations had frontiers of a sort [...], with the rise of capitalism, frontier-making was much more fundamental: [...] a constitutive spatial moment unlocking the epoch-making potentials of endless capital accumulation. The extension of capitalist power to new, uncommodified spaces became the lifeblood of capitalism.“ (Moore 2015: 51) Dieser braucht nicht nur immer neues Land – Pionierfronten, die für die Extraktion von Rohstoffen erschlossen werden. Im Kapitalismus wird die Rohstoffe spendende und kostenlos aneignbare Natur auch im sozialen Sinn geschaffen, um die zum rohen, unverarbeiteten Naturprodukt umgedeutete unbezahlte Arbeit der Verwertung zuzuführen.

Elmar Altvater spricht im Zusammenhang mit dem globalen Ausgreifen des Kapitalismus von „Inwertsetzung“ (Altvater 1987). Damit bleibt er dem Marxismus viel stärker verhaftet als Wallerstein und Moore, drückt der Terminus doch die in der marxistischen Werttheorie grundlegende Annahme aus, Wert(schöpfung) entspringe lediglich der Ausbeutung der kommodifizierten, also gegen Lohn zu Markt getragenen Arbeitskraft (Altvater 1987:107). Erst wenn solche – in Ware verwandelte – Arbeitskräfte im Dienst von Unternehmern am Werk sind, um Nahrungsmittel oder Rohstoffe für den Markt herzustellen, wird damit im Sinn der Kapitalverwertung Wert geschaffen. Altvater zeigt die Inwertsetzung exemplarisch anhand des Regenwaldes in Amazonien auf (Altvater 1987:133-194). Er untergliedert den Prozess in eine Abfolge von Erkundung und Erschließung des Raumes, Kolonisierung, Extraktion und Vermarktung der dort aufgefundenen Rohstoffe, die der Region entrissen und in andere Weltgegenden verbracht werden. Als Agenten identifiziert Altvater auf der einen Seite den Staat bzw. von diesem beauftragte Entwicklungsagenturen, die das Territorium politisch öffnen und sichern, damit auf der anderen Seite Unternehmen und Siedler die wirtschaftliche Seite der Förderung und Vermarktung betreiben können. Eine zentrale Rolle spielt die Infrastruktur, insbesondere der Straßenbau, der dem Abtransport der Ressourcen und dem Eindringen der Siedler dient. Damit einher geht die Verwandlung der Natur in Ware (Kommodifizierung) und in Geldform (Monetisierung), die im Widerspruch zum Reichtum der Natur steht, auf den die im Ökozyklus lebenden indianischen Völker durch Wanderfeldbau zugriffen. Durch Extraktion, Abtransport, Kolonisierung und die Errichtung von Plantagen wurde ihnen die Lebensgrundlage entzogen.

Während Wallersteins „Inkorporierung“ und Altvaters „Inwertsetzung“ in erster Linie die räumlich und zeitlich gestaffelte Ausbreitung des kapitalistischen Weltsystems anvisieren, ist *frontier*-Expansion nicht auf Kolonien, Erweiterungsgebiete oder Rohstofflieferanten beschränkt. *Commodity frontiers* werden immer dann eröffnet, wenn es darum geht, Arbeitskraft, Nahrungsmittel, Energie und Rohstoffe zu erschließen, die deshalb billiger sein können, weil der Unternehmer bzw. Auftraggeber nicht die gesamten Gesteigungs- und Reproduktionskosten zu tragen hat. Die Erschließung neuer Bedürfnisse und Produkte fällt ebenso in diesen Bereich wie die Verlagerung von arbeitsintensiven Verarbeitungsschritten in sogenannte Billiglohnregionen. Diese, plakativ auch als die „*four cheaps*“, die vier billigen Aneignungsbereiche bezeichnenden Auslagerungsvorgänge in unbezahlte „Naturen“ (Moore 2015), sind das Einmaleins im Verständnis von Kapitalismus als System einer sich räumlich, zeitlich, arbeitsorganisatorisch und branchenmäßig stets neu konstituierenden, ungleichen und ungleichzeitigen Arbeitsteilung im Weltmaßstab.

Die Zurichtung von Räumen zu Rohstofflieferanten: Eine Zeitreise

Die folgende Synopsis durch acht Jahrhunderte orientiert sich am Prinzip der *frontier*-Bildung. Sie bietet kein Gesamtbild, vielmehr greift sie die für die jeweilige Periode wichtigsten Expansionsgebiete mit ihren jeweils charakteristischen Rohstoffen und Erschließungspraktiken heraus und verortet diese in den hierarchischen Netzen der globalen Güterketten.

Ostsee, Mittelmeer und Schwarzmeer-Raum: Getreide, Holz und Farbstoffe

Betrachtet man die Warenströme im Ost-West-Handel, begann die ungleiche Arbeitsteilung im 12. Jahrhundert in Europa selbst. Um sich auf gewerbliche Erzeugung spezialisieren zu können, setzte aus nordwesteuropäischen Gewerberegionen eine Nachfrage nach Rohstoffen aus Ost- und insbesondere Nordosteuropa ein. Einerseits handelte es sich um Nahrungsmittel, um die urbane Bevölkerung mit Getreide, aber auch mit Vieh, Fleisch und Fisch zu versorgen; andererseits brauchten holländische und englische Reeder Holz, Teer, Pech und Hanf für den Schiffbau, Weber und Färber Flachs und Farbstoffe für die Textilindustrie. Dazu kamen Tierhäute, Felle, Wachs sowie der als Schmuck begehrte Bernstein (North 2008). Eine Schlüsselrolle bei der Erschließung der Rohstoffe hatten die im Handelsnetzwerk der Hanse organisierten Händler. Von ihren Kontoren in Bergen, an der baltischen Ostseeküste und in Nowgorod aus erschlossen sie das skandinavische, das russische und das polnische Hinterland. Mit dem deutschen Ordensstaat in Livland gab es auch eine direkte koloniale Präsenz im Ostseeraum (Strzelczyk 2008). Im Austausch mit den unverarbeiteten Produkten brachten die Kaufleute Textilien und Metallwaren, aber auch Salz, Wein und Gewürze aus West- nach Ost- und Nordeuropa.

Seit dem 16. Jahrhundert geriet die innereuropäische Differenzierung in Rohstoff- und Fertigwarenproduzenten in den Sog der europäischen Kolonialexpansion und der Intensivierung des Asienhandels. Dabei wurden nicht nur die vorwiegend deutschen Hanse-Kaufleute von zunächst holländischen, später englischen Händlern abgelöst. Mit der verstärkten Nachfrage nach Getreide und Marinebedarfsgütern stieg die Nachfrage. Um diese auch in Zeiten fallender Rohstoffpreise – wie während der Krise des 17. Jahrhunderts – befriedigen zu können, setzten sich in den osteuropäischen Agrarregionen gutsherrschaftliche Verhältnisse durch. Bauern wurden ans Land gebunden und ermöglichten durch ihre Frondienste die Versorgung Hollands und Englands mit Getreide und Vieh. Holz und andere Marinebedarfsgüter, aber auch Eisen aus Schweden und Russland, waren wesentliche Voraussetzungen für den Ausbau der westeuropäischen Schifffahrtskapazitäten; im Gegenzug gelangten nun vermehrt auch Kolonialwaren und Re-Exporte aus dem Asienhandel nach Osteuropa (North 2008).

Auch der östliche Mittelmeer- und Schwarzmeerhandel trugen seit dem 12. Jahrhundert koloniale Züge (Feldbauer/Morrissey 2005). Hier waren die treibenden Kräfte Kaufleute aus Pisa, Venedig und Genua, die Kontore in Hafenstädten und auf Inseln eröffneten, über die Hölzer, Farbstoffe, Gewürze, Zucker, Wein, Oliven, Kupfer erworben wurden, die als Rohstoffe für das Gewerbe im Zentrum, als Re-Exportgut, als Nahrungsmittel oder Luxusprodukt dienten. Mit dem Sturz des byzantinischen Kaiserreichs (1204) und im Zuge der Kreuzzüge errichteten Genua und Venedig aber auch Kolonien und Protektorate auf ägäischen Inseln, Zypern, Kreta sowie in Palästina und an den

Küsten des Schwarzen Meeres. Zahlreiche Gebiete wurden in regelrechte Kolonialökonomien umgestaltet, die sich – mithilfe der hier hoch entwickelten Bewässerungstechnik – in Rohstoffexportgebiete verwandelten. Man experimentierte mit militärischer Präsenz, Steuereinhebung, Arbeitskräftebewirtschaftung (Sklaven und Halbpacht) und etablierte eine protektionistische Wirtschaftspolitik, die den Handel auf die Metropole beschränkte und die Entwicklung selbstständiger Gewerbe vor Ort unterband. Als mit der Machtübernahme der Osmanen die Vorherrschaft der Italiener endete, verlagerten diese in der Folge die koloniale Extraktionsökonomie ins westliche Mittelmeer sowie auf die Atlantikinseln.

Karibik und Lateinamerika: Edelmetalle, Zucker und Tabak

Mit der transatlantischen Expansion wurde das im Ostsee- und Mittelmeerraum entwickelte Muster der Rohstofferschließung auf die Plantagen der Karibik und der südamerikanischen Küstenregionen sowie den kolonialen Binnenmarkt übertragen, der die landwirtschaftlichen Ressourcen der Einheimischen in den Dienst der Versorgung der im Bergbau und in der *cash crop* Produktion tätigen Arbeitskräfte stellte (Hausberger 2005:176ff). Damit wurden Lebensweisen zerstört, in denen Sammeln, Jagen, Ackerbau und Herstellung von Gebrauchsgegenständen in Selbstversorgung in lokale und regionale Kreisläufe eingebettet waren. Die Kolonien wurden als Rohstoff erzeugende Regionen in die transatlantische Arbeitsteilung eingegliedert. Gold und Silber waren die Voraussetzungen, den wachsenden überregionalen Austausch im innereuropäischen, im Asien- und im Indikhandel zu beflügeln; Zucker, Tabak und Kaffee sollten massenhaft nach Europa gelangen. Indigene, sofern sie die Begegnung mit den Neankömmlingen überhaupt physisch überlebten, waren diesen Anforderungen oft nicht gewachsen. In der Plantagenwirtschaft der Karibik, wo der größte Aderlass stattfand, wurden Einheimische deshalb durch afrikanische Sklaven ersetzt, die im Rahmen des transatlantischen Dreieckshandels importiert wurden: Tausch von Gewerbecprodukten gegen Sklaven aus Westafrika, Transfer auf die Plantagen, wo sie Rohstoffe und Nahrungsmittel erzeugten, die in Europa endgefertigt wurden. Im Bergbau hingegen wurden indianische Arbeitskräfte eingesetzt, die im Rahmen des bereits unter den Inkas praktizierten Systems der Arbeitstribute („Mita“) mobilisiert wurden: Jedes Dorf in der Umgebung von Potosí etwa, dem Zentrum des andinen Silberbergbaus (im heutigen Peru), hatte für die Minenarbeit ein Siebtel seiner arbeitsfähigen männlichen Bevölkerung zu stellen, die im nächsten Jahr durch eine neue Schicht ausgetauscht wurde (Hausberger 2005:183). Da in den Bergbauzentren die Versorgung der BewohnerInnen mit Nahrungsmitteln nicht möglich war, wurden weitere indigene Gemeinschaften durch die Institution der „*Encomienda*“ gezwungen, ihre Erträge nicht nur für den Export nach Europa, sondern auch zur Versorgung der Bergbaugemeinden zur Verfügung zu stellen. Auch sie verwandelten sich damit von gemischt-wirtschaftlichen Subsistenzbauern und -bäuerinnen zu reinen RohstofflieferantInnen, die ihr eigenes Wohlergehen zugunsten der Vorgaben der Kolonialmacht zurückstellen mussten.

Die Zusammensetzung der Handelsgüter hatte sich mit den Pflanzentransfers, die mit der Eroberung der Amerikas eingeleitet worden waren, maßgeblich verändert. Bis zur Ankunft von Europäern ernährten sich die Amerikaner von Mais, Bohnen, Kartoffeln, Maniok, Kakao, Kürbis, Tomaten, Avocado, Papaya, die nunmehr auch in anderen

Regionen popularisiert wurden. Auch Tabak, Baumwolle und Kautschuk waren in der „Neuen Welt“ heimisch. Umgekehrt gelangten Zuckerrohr, Kaffee, Bananen, Palmöl, Zitrusfrüchte – also überaus wichtige Produkte für den Export nach Europa – erst mit der Kolonisierung aus Afrika und Asien in die Region (Ortmayr 2004:75). Europäische Händler erlangten somit nicht nur die Herrschaft über die Arbeitsorganisation, sondern legten Kolonien auch auf jene Produkte fest, die im Rahmen bestimmter Konsum- und Verarbeitungskonjunkturen in den europäischen Metropolen gerade nachgefragt wurden. So erklärt es sich, dass Brasilien zum Beispiel im 16./17. Jahrhundert einen Zuckerboom, im 18. Jahrhundert einen Goldboom und im 19. Jahrhundert einen Kaffeeboom erlebte, also völlig unabhängig davon, worin der Nahrungsmittelbedarf der in den jeweiligen Regionen lebenden Einheimischen und ansässig gewordenen MigrantInnen bestand, denen auf diese Weise die Flächen für ihre eigenständige Lebensmittelversorgung geraubt wurden. Wenn sich SklavenarbeiterInnen vor Ort nicht reproduzieren konnten, sorgte man durch weitere Zufuhr aus Afrika für Ersatz. In den europäischen Metropolen, in denen Verarbeitung und Konsum konzentriert waren, erlaubte die Zufuhr vielfältiger Früchte und Grundstoffe die Verfeinerung der Verarbeitung, der Produktvielfalt, der Lebensart und Speisenvielfalt – zumindest bei jenen, die aufgrund von Geburt, Stand oder Kaufkraft teilnahmeberechtigt waren. Dazu gehörten auch die kolonialen Eliten. Seit dem 18. Jahrhundert wurde die Globalisierung des Saatgutes, die mit dem „Columbian Exchange“ (Crosby 1991) eingeleitet wurde, durch botanische Gärten, Zuchtanstalten und Patentierung zu einer systematisch entwickelten Machtressource in den Händen der Nahrungsmittelindustrie entwickelt, die den Bauern und Bäuerinnen zunehmend die Kontrolle über ihre Lebensweise und Esskultur entriß (Ortmayr 2004:74; Mooney 1981). Der „Hunger“ nach Tropenhölzern, Baumwolle, Kautschuk, Rindfleisch und Soja treibt die *commodity frontiers* bis heute weiter in den Regenwald voran. Auch wenn die Sklaverei in Brasilien 1888 formal abgeschafft wurde, blieben unfreie, abhängige und gebundene Arbeitsverhältnisse auf der Tagesordnung.

Indien, Ägypten, Brasilien, US-Südstaaten: Im Dienst der Industriellen Revolution

Asiatische Regionen, vom Osmanischen bis zum Chinesischen Reich, gehörten vom 16. bis zum 18. Jahrhundert zu den Weltmarktführern im Exportgewerbe: Seiden- und Baumwollstoffe, Kalikos, Papier, Tapeten, Porzellan und Einlegearbeiten waren in Europa hoch gefragt, und um sie zu erlangen, stellte die Verfügbarkeit von Edelmetallen eine zentrale Voraussetzung dar. Der hohe Kommerzialisierungsgrad der asiatischen Wirtschaften rief eine große Nachfrage nach rohem Gold und Silber hervor, das vor Ort gemünzt wurde. Die Erschließung amerikanischer Silber- und Goldminen hatte also eine handfeste Ursache: das Bedürfnis nach Ausweitung der bei der europäischen Kundschaft so begehrten asiatischen Waren. Europäische Händler sorgten für Silbernachschub über die Land- und Seeroute vom Westen, Afrika umsegelnd, und vom Osten, von Lateinamerika über den Pazifik kommend (Frank 2016). Sie waren willkommen, sofern sie sich an die – in den einzelnen Reichen unterschiedlich gehandhabten – Bedingungen hielten, die die asiatischen Regierungen für westliche Händler festlegten. Die Händler wurden auf genau bestimmte Häfen beschränkt, wo sie über autorisierte Agenten Ein- und Verkauf tätigten. Eine Einmischung in die örtliche Produktion, also Anbau, Bergbau oder Verarbeitung, war nicht vorgesehen. Über die Kontrolle der Meere gelang es den west-

lichen Handelskompagnien jedoch, schon relativ früh einen Fuß in das zunächst von Arabern und Persern geprägte Handelssystem des Indischen Ozeans zu setzen. Mit Goa und Batavia entstanden Stützpunkte, von wo aus Portugiesen und Holländer eine koloniale Extraktionswirtschaft nach lateinamerikanischem Muster errichteten. Dies stellte zunächst jedoch die Ausnahme von der Regel dar (Feldbauer 2003).

Ein Charakteristikum der asiatischen Gewerbeproduktion war die enge Verflechtung von Landwirtschaft und Gewerbe im bäuerlichen Familienbetrieb. Im Baumwollsektor war die agro-industrielle Symbiose besonders ausgeprägt. In spezialisierten Exportgewerben hingegen bildete sich auch hier eine regionale Arbeitsteilung zwischen städtischen Verarbeitungszentren und Rohmaterialien zuliefernden Regionen heraus. In der Seidenindustrie, die sich im 18. Jahrhundert in den Städten im Jangtse-Delta konzentrierte, stand am Beginn der Zulieferkette die Pflege der Maulbeerbäume, mit deren Blättern die gefräßigen Seidenraupchen gefüttert wurden. Am anderen Ende befand sich ein differenzierter gewerblicher Arbeitsmarkt mit einer großen Zahl von Kleinproduzenten und Tagelöhnern, die vermittelt über Verleger an Großhändler lieferten, die ihrerseits den Nachschub an Rohseide besorgten, die im bäuerlichen Kontext erzeugt wurde (Bramall/Nolan 2000).

Die Verwandlung der asiatischen Reiche in europäische Rohstoffperipherien lässt sich also nicht mit der Kolonisierung der Amerikas vergleichen. Dass dies im Laufe des 18. Jahrhunderts im Fall von Indien und im Laufe des 19. Jahrhunderts im Fall von Persien, China und Japan, hier allerdings ohne die politische Herrschaft zu übernehmen, schließlich doch geschah, war eng mit der Industriellen Revolution verbunden. Mit dem Fabrikssystem setzten die englischen, gefolgt von anderen westeuropäischen Industrielten ihre Interessen gegenüber dem Handelskapital durch und ersetzten die Gewerbeimporte aus Asien durch einheimische Fabrikate (Komlosy 2004). Eine wesentliche Voraussetzung dafür bildeten der Schutz des Binnenmarkts durch Zölle und Einfuhrverbote. Dazu kam die Eroberung von Absatzmärkten durch direkte Kolonialherrschaft (Indien), militärischen Druck, Intervention oder ungleiche Handelsverträge (Osmanisches Reich 1839, China 1842, 1860, Japan 1854), die den europäischen Großmächten die Märkte für ihre Industriewaren öffneten.

Während in Westeuropa die große Maschinerie ausgeweitet wurde, blieben die asiatischen Gewerbe, auch wenn sie von den Weltmärkten verdrängt worden waren, für ihre Binnenmärkte der arbeitsintensiven, eng mit der Landwirtschaft verbundenen Verarbeitung verpflichtet, die aufgrund der niedrigen Lebenshaltungskosten vielfach mit den europäischen Importen konkurrenzfähig war (Sugihara 2005; Austin/Sugihara 2013). Der Stein war allerdings ins Rollen geraten – brachten der Verlust der globalen Absatzmärkte sowie die Verbreitung westlicher Konsummuster und Industrieprodukte doch herbe Rückschläge für asiatische Produzenten, verbunden mit Deindustrialisierung. Steuer-schraube, Verschuldung und Landkonzentration furten zur Verarmung der Bauern. In Indien, das seit dem 18. Jahrhundert in mehreren Schritten der britischen Verwaltung unterstellt wurde, bewirkte diese Transformation eine Entwurzelung, die die Verarmten auf die Teeplantagen im indischen Norden sowie die britischen Zuckerplantagen in Mauritius, der Karibik oder in Fidschi trieb, wo sie als gebundene Kontraktarbeiter (sogenannte *Kulis*; *indentured labour*) zum Einsatz kamen. Auch chinesische *Kulis* verdingten sich auf britischen Plantagen oder in Hawaii. Damit war die Verwandlung vom

bäuerlichen Gewerbetreibenden bzw. gewerbetreibenden Bauern in Rohstoff produzierende Plantagenarbeiter vollzogen (Potts 1988; Tinker 1974).

Die Umleitung von Rohbaumwolle aus den osmanischen und indischen Anbaugebieten in die im europäischen Westen und amerikanischen Norden aus dem Boden schießenden Baumwollspinnereien blieb trotz intensiver Bemühungen hinter den Erwartungen zurück. Als Bezugsgebiete wurden daher Regionen aktiviert, wo die ländlichen Arbeitskräfte unter massivem staatlichen Druck in die Exportproduktion gezwungen wurden, wie in Ägypten in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts unter dem nach Selbstständigkeit vom Osmanischen Reich strebenden Statthalter Mehmet Ali oder in den US-Südstaaten, wo die Institution der Sklaverei den Menschen keine andere Wahl ließ und die *Indian Removal Acts* dafür sorgten, dass das Land der Einheimischen sukzessive in Baumwollplantagen verwandelt wurde, die den wachsenden Baumwollhunger der Fabriken in Europa und den USA befriedigten (Beckert 2014). Auch in der Karibik und in Brasilien wurde der Baumwollanbau forciert. Dabei passte sich die Plantagenarbeit immer mehr dem Takt der Industrieproduktion an und erlebte eine Verschärfung, die Dale Tomich im Begriff der „Zweiten Sklaverei“ zum Ausdruck brachte (Tomich 2004).

Im Zuge der Vertiefung der britischen Kolonialherrschaft konnten im 19. Jahrhundert schließlich auch in Indien Erfolge bei der Ausweitung der Rohstoffproduktion erzielt werden. Mit Gesetzen, Gewalt und Steuerschraube, die der Finanzierung der britischen Verwaltung diente, wurden die Bauern gezwungen, von vor Ort benötigten Lebensmitteln auf *cash crops* umzusteigen, insbesondere auf Indigo, das als blauer Farbstoff in der Textilindustrie viel gefragt war, bis es durch chemische Anilinfarben aus Deutschland verdrängt wurde, sowie auf Baumwolle und Opium. Ein britischer Beamter in der ehemals florierenden indischen Webereiregion Berar formulierte als Ziel die Steigerung des Rohstoffexports: „Die Hoffnung ist nicht übertrieben, dass mit einem Eisenbahnzubringer in diese Gegend europäische Textilien importiert werden könnten, um die einheimischen Stoffe zu unterbieten. Infolge dessen stünde nicht nur mehr Rohmaterial zum Verkauf [...], sondern der größere Teil der Bevölkerung, die jetzt mit Spinnen und Weben beschäftigt ist, würde für die Landwirtschaft zur Verfügung stehen.“ (Rivett-Carnac 1869, zit. in Beckert 2014:279)

Noch einträglicher als Baumwolle war der Export von Opium, das die britische Ostindienkompagnie in China gegen Tee eintauschte, der im Mutterland zum Nationalgetränk aufstieg (Frank 2016). Als sich die chinesische Regierung den überhandnehmenden Opiumexporten entgegenstellte, löste sie damit die Opiumkriege aus, deren Niederlage China die ungleichen Verträge und die Errichtung exterritorialer, europäisch kontrollierter Wirtschaftszonen, die sogenannten Konzessionen, bescherte. In Indien führte die Hinwendung zur Exportlandwirtschaft zu Hungerkatastrophen ungeheuren Ausmaßes, die bei den Überlebenden die Bereitschaft erhöhte, sich als Kontraktarbeiter auf einer britischen Plantage in Übersee zu verdingen.

Der klassische Imperialismus: „Alles Rohstoff“

Die Weltwirtschaftskrise von 1873 bewirkte einen Globalisierungsschub, den Albert Ballin (1857–1918), Generaldirektor der Hamburg-Amerikanischen Paketfahrt AG (HAPAG) in der Kurzformel „Mein Feld ist die Welt“ auf den Punkt brachte. Sie ziert bis heute den ehemaligen Sitz der HAPAG an Hamburgs Binnenalster, Ballindamm Nr. 25.

Sowohl ApologetInnen als auch KritikerInnen bezeichneten das Phänomen als Imperialismus (Bollinger 2004): Sinkende Profite in den Zentren führten zu Kapitaleexport, der gleichzeitig der Erschließung alter und neuer Rohstoffe für die nunmehr in sämtliche Bereiche vordringende industrielle Produktion diente. Nachholende Industrialisierung im Deutschen Reich, in Russland, Mexiko, Brasilien oder Japan multiplizierte die Nachfrage. Gleichzeitig eröffnete die chemische Industrie die Substitution von natürlichen Rohstoffen durch künstliche Erzeugung, was in der Folge die Trennlinie zwischen Rohstoffproduktion und Verarbeitungsindustrie beeinflusste. Die Beschleunigung des Transports, der telegraphischen Nachrichtenübertragung, der Abbau- und Anbautechniken sowie der Konservierung und Haltbarmachung von Nahrungsmitteln entkoppelte die Orte der Rohstoffgewinnung von jenen der Verarbeitung. War Eisenverarbeitung bis dahin an die Verfügbarkeit von (Holz-)Kohle gebunden, brachte die Eisenbahn die Kohle zum Erz und ließ dort neue schwerindustrielle Zentren entstehen. Die Einführung von Rohstoffbörsen, an denen Termingeschäfte getätigt wurden, veränderte die Handelspraktiken. Handel und Spekulation wurden vom realen Produkt entkoppelt, sodass Rohstoff zu einer fiktiven Ware wurde, die Geldfunktion annahm (Dejung 2011). Mit dem Termingeschäft ging auch eine Standardisierung der Rohstoffe einher. Es entstanden klare rechtliche Festlegungen, welche Qualitäten ein bestimmter Rohstoff aufzuweisen hatte.

Von einem die Epoche dominierenden Rohstoff kann im Zeitalter des klassischen Imperialismus nicht mehr gesprochen werden. Zwar verlangten neue Leitsektoren, die die Zweite Industrielle Revolution charakterisierten (Chemie-, Elektro-, Nahrungsmittelindustrie), nach Kautschuk, Kupfer, Ölsaaten oder Palmöl, denen erneut tropische Wälder weichen mussten. Gleichzeitig erforderten Infrastruktur- und Maschinenbau und feinmechanische Industrie nicht nur weithin verfügbare Kohle- und Erzvorkommen, sondern eine Reihe von Stoffen, die singuläre Lagerstätten aufwerteten: Salpeter in Chile, Kupfer im Kongo, Diamanten in Südafrika. Das wachsende Nahrungsmittelangebot der großen Farmer und Viehzüchter aus den USA, Kanada, Argentinien, Australien und Neuseeland, aber auch die Exportoffensive des Zarenreichs, die mit den Getreideexporten Devisen für die Modernisierung der Schwerindustrie erwirtschaften wollten, setzten die bäuerliche Landwirtschaft in Europa unter Konkurrenzdruck und bewirkten eine Überbevölkerung, die diesen durch die Massen-Auswanderung in die Siedlerkolonien weiter verschärfte. In den europäischen Staaten fielen die Reaktionen auf die billigen Preise überseeischen Getreides unterschiedlich aus: Während Großbritannien seit Mitte des 19. Jahrhunderts Schutzzölle für Agrarprodukte aufhob, wechselten sich in Deutschland, Österreich-Ungarn und Schweden, wo die Land- und Forstwirtschaft eine viel größere Rolle spielte, Freihandel und Protektionismus ab: Als Kompromiss zeichnete sich in Zentraleuropa seit den 1880er Jahren eine Variante von Protektionismus ab, die die ostelbischen, böhmisch-mährischen und ungarischen Großgrundbesitzer begünstigte, die kleinbäuerliche Landwirtschaft der Alpenländer hingegen aus dem Markt drängte und in der Selbstversorgung Zuflucht nehmen ließ. Im Bereich der tropischen Früchte war die Abschaffung der Sklaverei, die am Ende des 19. Jahrhunderts auch Brasilien und Kuba erreichte, vielerorts mit dem Umstieg von Zucker auf bäuerliche Kaffee- oder Tabakerzeugung verbunden, die flexibler auf fallende Preise reagieren konnten als der Großgrundbesitz. Auf den britischen Plantagen operierte man schon seit dem Sklaverei-Verbot (1807) mit Kontraktarbeitern, de-

ren Arbeitsbedingungen sich in der Praxis nicht maßgeblich von jener der Sklaven unterschieden (Potts 1988; Tinker 1974).

Eine zentrale Rolle bei der Festigung des Zusammenspiels unternehmerischer Interessen mit staatlicher Großmachtspolitik spielten „Mining Tycoons“ (Dumett 2008), unter denen britische Unternehmer führend waren. Aufgrund der hohen Kosten bei der Exploration pflegten sie enge Verbindungen zur Hochfinanz. Zudem wirkten sie auf ihre Regierungen ein, ihnen mit kolonialer Erschließung, Gesetzen, Infrastrukturpolitik und Institutionen (Börsen, Forschungseinrichtungen) entgegenzukommen. Geschäftspraktiken (Kartelle, Absprachen, Preiskampf), staatliche Förderung und wachsende Nachfrage ermöglichten eine Reihe von Bilderbuchkarrieren. Die Guggenheims, die in der Schweiz mit Hausierhandel begonnen hatten, bevor ihr Ahne Meyer Guggenheim 1847 in die USA auswanderte, bauten ein Minenimperium auf, das 80 % der Kupfer-, Silber- und Bleiproduktion der Welt umfasste (O’Brian 2008). John Thomas North (1842–1896), anfangs ein kleiner Kohlehändler in England, war für seine kruden Geschäftspraktiken berüchtigt, mit denen er sich der Konkurrenz entledigte. Nachdem North Anteile an peruanischen Nitraterunternehmen erworben hatte, zettelte er den „Salpeterkrieg“ an (1879–1883), der ihm das Monopol über die nunmehr chilenischen Salpeterorkommen sicherte (Monteon 2008). Von dieser politisch gesicherten Basis aus weitete der „König der Nitate“ sein Firmenimperium auf Kohle, Eisen, Bahnbau sowie Kautschukgewinnung im Kongo aus. Salpetersäure war ein chemischer Grundstoff, der als Dünger, in der Metall- und in der Nahrungsmittelindustrie zunehmend nachgefragt war. In reiner Form kam das auch als Chilesalpeter bezeichnete Natriumnitrat vor allem im Grenzgebiet von Chile, Peru und Bolivien vor.

Den Inbegriff des kolonialen Unternehmers stellt wohl Cecil Rhodes (1853–1902) dar, der in südafrikanischen Diamantenbergbau investierte, maßgeblich für die britische Landnahme eintrat und damit die Konkurrenz mit anderen europäischen Großmächten im *Scramble for Africa* vorantrieb (Newbury 2008). Sein Name lebte in der kolonialen Namengebung fort, bis sich Süd-Rhodesien nach Erlangung der Unabhängigkeit 1980 in Simbabwe umbenannte. Die Universität Kapstadt, wo Rhodes als Premierminister der Kapkolonie residierte, entfernte im Jahr 2015 nach Protesten die Statue des Imperialisten von ihrem Campus. Im *Company’s Garden* im Zentrum von Kapstadt steht Rhodes jedoch weiterhin unversehrt. Das Denkmal trägt die Inschrift: „Your hinterland is here.“ Die Konkurrenz um Rohstoffe stellte einen der zentralen Mechanismen dar, der den Nationalismus der führenden, aber auch der sich zu kurz gekommen fühlenden Großmächte antrieb und geradewegs in den Ersten Weltkrieg führte (Harding ³2013).

Entkolonisierung und die Suche nach neuen frontiers

Wie die großen und die kleinen Kriege zeigen, die um Land, Einfluss und Ressourcen geführt werden, stellt sich das 20. Jahrhundert als Fortsetzung der Großmächtekonkurrenz mit neu gemischten Karten dar. Mit der Entkolonisierung melden sich nun allerdings auch die auf Nahrungsmittel und Rohstofflieferung festgelegten ehemaligen Kolonien als Staaten zu Wort. Ihre wirtschaftspolitischen Bemühungen zielen in zwei Richtungen: Einerseits streben Regierungen die Stabilisierung der Rohstofflöse an, andererseits sehen sie mit der staatlichen Unabhängigkeit den Moment gekommen, in den Ländern selbst industrielle Kapazitäten zur Verarbeitung der Rohstoffe aufzubauen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg drängten Entwicklungsländer im Rahmen der UNO auf Unterstützung ihrer Bemühungen um den Abbau von Zöllen und Marktbarrieren, um Stabilisierung der Preise und Exporteinnahmen sowie die Verbesserung der *terms of trade*. Der 1964 begründeten UN Handels- und Entwicklungskonferenz (UNCTAD) gelingt allerdings ebenso wenig ein Durchbruch wie der in den 1970er Jahren von einer Gruppe von (damals) 77 Entwicklungsländern propagierten und von der UNO 1974 in der „Charta über die wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten“ verabschiedeten „Neuen Weltwirtschaftsordnung“. Ein wesentliches Element der Forderungen ist das „Integrierte Rohstoffprogramm“, mit dem für 18 Rohstoffe stabilere und angemessenere Preise erreicht werden sollen. Diesem Zweck dienen die Bildung von Ausgleichslagern (*buffer stocks*), um Preisschwankungen auszugleichen. Die in der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zusammengeschlossenen entwickelten Industriestaaten blockieren substanzielle Korrekturen der Strukturen globaler Ungleichheit, gewähren jedoch in besonderen Vereinbarungen Ausnahmen von den im Allgemeinen Handels- und Zollabkommen (GATT) festgelegten Regelungen. So räumte z.B. die Europäische Gemeinschaft 1975 im Lomé-Abkommen den Afrika-Karibik-Pazifik (AKP)-Staaten zollfreien Marktzugang für ihre Rohstoffexporte ein, sicherte sich damit jedoch gleichzeitig deren Absatzmärkte für den Export von Fertigwaren.

Die Blockade eines international vereinbarten Durchbruchs der Rohstoffexporteure ließ diese zu Rohstoffkartellen Zuflucht nehmen, um gemeinsamen Druck aufzubauen: So entstanden seit den 1970er Jahren u.a. Erzeugerkartelle für Kautschuk, Kupfer, Bauxit, Kakao, Kaffee und Erdöl, von denen einzig und allein die OPEC dauerhaften Bestand aufweist. Dies hat nicht zuletzt mit der strategischen Bedeutung von Öl für die Existenz der auf Motorisierung und Kunststoffen beruhenden modernen Industriegesellschaft zu tun. Als die Absprachen der OPEC in den 1970er Jahren die Rohölpreise ansteigen ließen, war dies ein Schock für die vom Öl abhängigen Industrieländer, der mit der Profitabschwächung nach den Boomjahren des Wiederaufbaus und ersten ökologischen Bedenken über Klimawandel und die Erschöpfung fossiler Energieträger zusammenfiel. Die Hegemonialmacht USA wusste sich allerdings darauf einzustellen: hohe Preise begünstigten die Exploration eigener Ölvorkommen, und die Öl produzierenden Staaten wurden politisch an die Kandare genommen, sodass die USA mithilfe ihrer Bündnispartner im Nahen Osten die Höhe des Ölpreises in Hinkunft selbst als geopolitisches Instrument einsetzen konnte (Klare 2002).

Die Alternative zur Rohstoffpolitik bildete der Aufbau von Verarbeitungsindustrien, die den Import von Fertigwaren in möglichst vielen Bereichen durch einheimische Produktion ersetzen sollten. Infrage kam dies praktisch nur in Ländern, die eine gewisse Infrastruktur, gewerbliche Traditionen, Binnenmarkt, eine handlungsfähige Regierung und/oder – aufgrund ihrer geopolitischen Lage – den Schutz einer Großmacht besaßen. Einheimische Exportoligarchien sahen Industrieförderung oft als Bedrohung ihrer wirtschaftlichen Privilegien. Nachholende Industrialisierung der auch als Schwellenländer bezeichneten Semiperipherien hatte also mit einer Reihe von Schwierigkeiten zu kämpfen: die übermächtige Marktstellung der etablierten Industrieländer, die die Marktregeln im Interesse ihrer Konzerne gestalten, Zollbarrieren, Mangel an Kapital, Technologie, Know-how und geschulten Arbeitskräften. All dies hatte zur Folge, dass eine große Abhängigkeit vom Ausland bestand und Investitionen vor allem in jenen arbeits-

intensiven Konsumgüterbranchen getätigt wurden, die im Westen keine großen Renditen versprachen. Einen besonderen Fall stellten die Staaten des RGW dar, in denen die sozialistische Planwirtschaft günstige Voraussetzungen für nachholende Industrialisierung bot (Komlosy 2012).

Eine neue Wendung nahmen die nationalen Industrialisierungsanstrengungen im Globalen Süden, als im Gefolge der Weltwirtschaftskrise der 1970er Jahre die Auslagerung von ausgereiften, arbeitsintensiven Arbeitsschritten an Billiglohnstandorte eine Welle der Globalisierung der Güterketten in Gang setzte, die auch als Neue Internationale Arbeitsteilung (Fröbel/Heinrichs/Kreye 1977) bezeichnet wird. Einerseits wurden immer mehr Entwicklungsländer nicht mehr selbstverständlich als Rohstoffproduzenten angesehen, sondern als Industriestandorte herangezogen. Andererseits ging die Kontrolle über diese Verlagerung von Konzernzentralen aus, die Forschung, Entwicklung und Logistik in den Metropolen beließen und die *Newly Industrializing Countries* (NICs) lediglich als verlängerte Werkbänke erschlossen. Über den Mechanismus der Verschuldung wurde ihr Spielraum bedeutend eingeschränkt. Die Kosten dafür tragen die ArbeiterInnen, die zu niedrigen Löhnen, meist in großer Unsicherheit und ohne soziale Absicherung tätig sind.

Rohstoffexport und nachholende Industrialisierung stellen auch in Schwellenländern nicht unbedingt einen Gegensatz dar. Erstens dienen steigende Exporteinnahmen der Finanzierung industrieller Diversifizierung. Zweitens heizt die Industrialisierung, die die großen Industrieländer im Globalen Süden zu Wachstumsmaschinen der Weltwirtschaft werden ließ, deren Rohstoffhunger massiv an. Als neue Industrieländer haben sie freilich ihrerseits Interesse an niedrigen Rohstoffpreisen, was das gemeinsame Auftreten als „Dritte Welt“ unterläuft. Und ihre Nachfrage tritt in Konkurrenz mit den Ansprüchen, die die alten Kolonialmächte weiterhin an die aus ihren ehemaligen Kolonien hervorgegangenen Entwicklungsländer stellen.

Welche Schlussfolgerungen aus der *frontier*-Perspektive lassen sich aus dieser Konstellation ziehen? Haben sich die *frontiers*, die dem Kapitalismus immer wieder neue Räume, Menschen und Ressourcen boten, mit dem – fast vollständigen – Ende von Kolonialbesitz erübrigt, indem diese Gebiete zu postkolonialen Staaten geworden sind? Die Antwort wird zuallererst davon abhängen, ob jemand Kapitalismus als endliches oder als immerwährendes Ordnungsmodell ansieht. Kapitalismus als endlich zu denken, hängt stark mit der Unmöglichkeit zusammen, weitere *frontiers* zu erschließen. Ist Kapitalismus aber immer wieder in der Lage, Krisen durch neue Wachstumsbranchen, Technologien und Regulierungsformen zu überwinden, erfordert dies auch die Erneuerung von *frontiers*. In der Philosophie stellte sich dies als Gegensatz zwischen Perfektibilisten und Antiperfektibilisten dar, also solchen, die an die Selbstvervollkommnung des Menschen glauben oder nicht. In den Sozialwissenschaften bedarf es dafür empirischer Indikatoren. In einer so hochkomplexen Frage wie der Regenerationsfähigkeit des Kapitalismus sind aber auch diese stark interpretationsabhängig. Spielen wir die Argumentation auf der ökologischen, der räumlichen und der Ebene der Kommodifizierung durch.

Aus der Perspektive der Ressourcen und des Klimawandels gibt es keinen Zweifel, dass die Menschheit vor einer existenziellen Wende steht (vgl. die warnenden Stimmen von Oreskes/Conway 2014). Wenn das menschenwürdige Überleben auf dem Planeten

zur Disposition steht, ist es naheliegend, über Formen des Wirtschaftens nachzudenken, die keinen wachsenden Ressourcenverbrauch erfordern.

Im territorialen Sinn ist durch die globale Durchsetzung und völkerrechtliche Garantie der Staatlichkeit kein freier Raum mehr vorhanden. Legen wir dem Erweiterungsgedanken jedoch nicht die politische Souveränität, sondern die wirtschaftliche Inwertsetzung zugrunde, können wir – obwohl es keine unberührten Flecken mehr gibt – weiterhin *frontier*-Bildungsprozesse beobachten. Eine zentrale Rolle spielt dabei die Rotation: Räume, deren Ressourcen, Märkte und Arbeitskräfte aufgrund von physischer Erschöpfung oder Regimewechsel der Erschließung entzogen werden, werden durch neue Räume ersetzt. Zu den Erweiterungswellen, die vom Westen ausgehen, gesellten sich im 20. Jahrhundert die Zugriffe, die im Zuge der nachholenden Entwicklung von Schwellenländern ausgehen. Diese binden innere Peripherien in ihre Wachstumsstrategien ein, und wenn es notwendig scheint, erweitern sie ihre Bezugs- und Absatzgebiete auch im Ausland. Dies heizt die Konkurrenz um Einflussgebiete massiv an und lässt die militärisch bei Weitem am längeren Ast sitzenden westlichen Staaten Zuflucht zu wirtschaftlichem Druck und militärischen Interventionen nehmen, um in ihren Augen unbotmäßige Ansprüche aus dem Süden zu unterbinden.

Überwindung räumlicher Blockaden, der Schwellenländerkonkurrenz und wirtschaftszyklisch verursachter Krisen verspricht auch die Innovation von Produkten. Wenn weitere Bedürfnisse der Kommodifizierung unterworfen werden, also durch Tauschwerte statt durch Gebrauchswerte befriedigt werden, lässt sich fehlender Raum durch eine Ausdehnung und Beschleunigung des Konsumvolumens ersetzen. Beobachtbar ist diese Offensive auf der Ebene des Massenkonsums am Beispiel Mobiltelefonie und Internetgestützte Kommunikation. Bedürfnisse zu schaffen, die entsprechenden Produkte dafür zu entwickeln und alternativlos und unersetzbar im Alltagsleben zu etablieren, kann als ein Erweiterungsraum des Kapitalismus, also als *frontier* angesehen werden. Der Gedanke rekurriert auf den innovativen Charakter der Frontier-Gesellschaften, deren Pioniere sich stets als Träger des Fortschritts und der Zivilisation begriffen.

Das Wachstumspotenzial aus weiteren Runden der Kommodifizierung schiebt ein mögliches Ende des Kapitalismus zweifelsohne hinaus. Die Frage der Endlichkeit der Ressourcen, der Erschöpfung der Erneuerungsgebiete und der die Rohstoffnachfrage aufschaukelnden Konkurrenz zwischen alten und neuen Industrieländern vermag sie jedoch nicht zu lösen. Mit zunehmender Kommodifizierung der Arbeitskraft (Proletarisierung) wird überdies einer weiteren *frontier* des globalen Kapitalismus die Grundlage entzogen: der unbezahlten Arbeit, ohne die die Menschen weder als Erwerbstätige noch als Pflegebedürftige überleben können. Eine Aussicht, die an den Beginn unserer Überlegungen zurückführt: die Endlichkeit der Ressourcen und der Erneuerungsgebiete.

Literatur

- Altwater, Elmar (1987): Sachzwang Weltmarkt. Verschuldungskrise, blockierte Industrialisierung, ökologische Gefährdung – der Fall Brasilien. Hamburg: VSA
- Austin, Gareth/Sugihara, Kaoru (2013): Labour-Intensive Industrialization in Global History. London: Routledge

- Barbier, Edward (2011): *Scarcity and Frontiers. How Economies Have Developed Through Natural Resource Exploitation*. Cambridge: Cambridge University Press
- Beckert, Sven (2014): *King Cotton. Eine Geschichte des globalen Kapitalismus*. München: C.H. Beck
- Bock, Gisela/Duden, Barbara (1977): *Arbeit aus Liebe – Liebe als Arbeit: Zur Entstehung der Hausarbeit im Kapitalismus*. In: Gruppe Berliner Dozentinnen, Hg.: *Frauen und Wissenschaft. Beiträge zur Berliner Sommeruniversität für Frauen 1976*. Berlin: Courage: 118-199
- Bollinger, Stefan (2004): *Imperialismustheorien. Historische Grundlagen für eine aktuelle Kritik*. Wien: Promedia
- Bramall, Chris/Nolan, Peter (2000): *Introduction: Embryonic Capitalism in East Asia*. In: Dixin, Xu/Chengming, Wu, Hg.: *Chinese Capitalism, 1522–1840*. Basingstoke/London: Macmillan Press: XIII-XL
- Crosby, Alfred W. (1991): *Die Früchte des weißen Mannes. Ökologischer Imperialismus 900–1900*. Frankfurt am Main/New York: Campus
- Dumett, Raymond (2008): *Mining Tycoons in the Age of Empire, 1870–1945. Entrepreneurship, High Finance, Politics and Territorial Expansion*. Ashgate: Farnham
- Dejung, Christof (2011): *Spielhöhlen des Kapitalismus? Terminbörsen, Spekulationsdiskurse und die Übersetzung von Rohstoffen in modernen Warenhandel*. In: *Werkstatt Geschichte 58: Essen: Klartext: 49-69*
- Feldbauer, Peter (2003): *Estado da India. Die Portugiesen in Asien 1498–1620*. Wien: Mandelbaum
- Feldbauer, Peter/Morrissey, John (2005): *Italiens Kolonialexpansion. Östlicher Mittelmeerraum und die Küsten des Schwarzen Meeres*. In: Feldbauer, Peter/Liedl, Gottfried/Morrissey, John, Hg.: *Mediterraner Kolonialismus. Expansion und Kulturaustausch im Mittelalter*. Essen: Magnus Verlag: 155-171
- Frank, Andre Gunder (2016): *ReOrient. Globalwirtschaft im Asiatischen Zeitalter*. Wien: Promedia
- Fröbel, Folker/Heinrichs, Jürgen/Kreye, Otto (1977): *Die neue internationale Arbeitsteilung. Strukturelle Arbeitslosigkeit in den Industrieländern und die Industrialisierung der Entwicklungsländer*. Reinbek b. Hamburg: Rowohlt
- Harding, Leonhard (?2013): *Geschichte Afrikas im 19. und 20. Jahrhundert*. München: Oldenbourg.
- Hausberger, Bernd (2005): *Wirtschaft und Wirtschaftsräume*. In: Edelmayer, Friedrich/Hausberger, Bernd/Potthast, Barbara, Hg.: *Lateinamerika 1492–1850/70*. Wien: Promedia: 171-193
- Klare, Michael (2002): *Resource wars. The new landscape of global conflict*. New York: Holt
- Komlosy, Andrea (2004): *Chinesische Seide, indische Kalikos, Maschinengarn aus Manchester. „Industrielle Revolution“ aus globalhistorischer Perspektive*. In: Grandner, Margarete/Komlosy, Andrea, Hg.: *Vom Weltgeist beseelt. Globalgeschichte 1700–1815*. Wien: Promedia: 103-134
- Komlosy, Andrea (2012): *Nachholende wirtschaftliche Entwicklung. Konzepte, Beispiele und Kriterien für Erfolg oder Scheitern*. In: *Zeitschrift für Weltgeschichte 13/2: 11-42*
- Komlosy, Andrea (2014): *Arbeit. Eine globalhistorische Perspektive. 13. bis 21. Jahrhundert*. Wien: Promedia
- Mooney, Pat (1981): *Saat-Multis und Welthunger. Wie die Konzerne die Nahrungsschätze der Welt plündern*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt
- Monteon, Michael (2008): *John T. North, the nitrate king and Chile's lost future*. In: Dumett, Raymond, Hg.: *Mining Tycoons in the Age of Empire, 1870–1945*. Ashgate: Farnham: 109-126
- Moore, Jason W. (2015): *Capitalism in the Web of Life. Ecology and the Accumulation of Capital*. New York/London: Verso
- Newbury, Colin (2008): *Cecil Rhodes, De Beers and mining finance in South Africa: the business of entrepreneurship and imperialism*. In: Dumett, Raymond, Hg.: *Mining Tycoons in the Age of Empire, 1870–1945*. Ashgate: Farnham: 85-108

- Nolte, Hans-Heinrich (2004): Deutsche Ostgrenze, russische Westgrenze, amerikanische Südgrenze. Zur Radikalisierung der Grenzen in der Neuzeit. In: Becker, Joachim/Komlosy, Andrea, Hg.: Grenzen weltweit. Zonen, Linien, Mauern im historischen Vergleich. Wien: Promedia: 55-74
- North, Michael (2008): Ostseehandel. Drehscheibe der Weltwirtschaft in der Frühen Neuzeit. In: Komlosy, Andrea/Nolte, Hans-Heinrich/Sooman, Imbi, Hg.: Ostsee 700–2000. Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur. Wien: Promedia: 132-147
- O'Brien, Thomas (2008): Copper kings of the Americas – the Guggenheim brothers. In: Dumett, Raymond, Hg.: Mining Tycoons in the Age of Empire, 1870–1945. Ashgate: Farnham: 195-214
- Oreskes, Naomi/Conwey, Erik M. (2014): The Collaps of Western Civilization. A View from the Future. New York: Columbia University Press
- Ortmayr, Norbert (2004): Kulturpflanzen. Transfers und Ausbreitungsprozesse im 18. Jahrhundert. In: Grandner, Margarete/Komlosy, Andrea, Hg.: Vom Weltgeist beseelt. Globalgeschichte 1700–1815. Wien: Promedia: 73-102
- Potts, Lydia (1988): Weltmarkt für Arbeitskraft. Von der Kolonisation Amerikas bis zu den Migrationen der Gegenwart. Hamburg: Junius
- Prescott, John Robert Victor (1978): Political Frontiers and Boundaries. London/Totowa, N.J.: Croom Helm
- Sugihara, Kaoru (2005): Japan, China, and the Growth of the Asian International Economy, 1850–1949. Oxford: Oxford University Press
- Strzelczyk, Jerzy (2008): Ritterorden und Hanse. Mission und Expansion. In: Komlosy, Andrea/Nolte, Hans-Heinrich/Sooman, Imbi, Hg.: Ostsee 700–2000. Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur. Wien: Promedia: 49-60
- Tinker, Hugh (1974): A New System of Slavery. The Expansion of Indian Labour Overseas, 1830–1920. London/New York: Oxford University Press
- Tomich, Dale (2004): Through the Prism of Slavery. Labor, Capital, and the World Economy. Lanham: Rowman and Littlefield
- Wallerstein, Immanuel (2004): Das moderne Weltsystem, Bd. 1 – Die Anfänge der kapitalistischen Landwirtschaft und die europäische Weltökonomie im 16. Jahrhundert. Wien: Promedia
- Wallerstein, Immanuel (1998): Das moderne Weltsystem, Bd. 2 – Der Merkantilismus. Europa zwischen 1600 und 1750. Wien: Promedia
- Wallerstein, Immanuel (2004): Das moderne Weltsystem, Bd. 3 – Die große Expansion. Die Konsolidierung der Weltwirtschaft im langen 18. Jahrhundert. Wien: Promedia
- Wallerstein, Immanuel (2012): Das Moderne Weltsystem, Bd. 4 – Der Siegeszug des Liberalismus 1789-1914. Wien: Promedia
- Werlhof, Claudia von/Mies, Maria/Bennholdt-Thomsen, Veronika (1983): Frauen, die letzte Kolonie. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt

Andreas Exenberger

Konflikte um Rohstoffe im Weltsystem – das Fallbeispiel Kongo*

Wir leben in einer mehr und mehr virtuellen Welt. Das lässt uns allzu leicht vergessen, dass es letztlich trotzdem für das meiste, was wir tun, irgendetwas Stoffliches braucht. Wie wichtig dabei die Entstehungsbedingungen dieser Grundlagen allen Konsums insbesondere sind, wenn es sich um Rohstoffe handelt, wird aus einer europäischen Sicht meist nur noch deutlich, wenn der Zufluss einmal ins Stocken gerät. Aus der Perspektive jener Regionen, aus denen dieser Nachschub stammt, sind die damit verbundenen sozialen und ökologischen, aber auch politischen und ökonomischen Probleme hingegen nahezu täglich offensichtlich.

Diesen Zusammenhängen und den oft problematischen Produktionsbedingungen ist der folgende Beitrag gewidmet. Dabei wird ein Schwerpunkt auf die Region um den Kongo-Fluss gelegt, weil sich dort nicht nur aktuell, sondern auch in der langen historischen Perspektive ein stabiles Muster zeigt, wie Rohstoffe zu dieser problematischen Lage beitragen, wie sie in globale Zusammenhänge eingebettet werden und welche institutionellen Folgen dies hat. Beginnend mit dem trans-atlantischen Sklavenhandel und daher der „Ressource Mensch“ im 16. Jahrhundert wurden von lokalen und globalen Akteuren Praktiken entwickelt, die sich in weiterer Folge auch für die Ausbeutung von Rohstoffen als tragfähig erwiesen, wie etwa Elfenbein, Kautschuk, Kupfer oder Diamanten. Dies blieb nicht ohne Folgen für die ökonomischen, politischen und sozialen Verhältnisse in der Region und auch nicht für die Art ihrer Integration in das Moderne Kapitalistische Weltsystem, jene historische Struktur, die sich nach Immanuel Wallerstein seit dem 16. Jahrhundert als dominierende wirtschaftliche Organisationsform immer weiter über den Planeten verbreitete.

Eingeleitet wird dieser Beitrag aber mit einer kurzen Diskussion der im engeren Sinne ökonomischen Logik von Ressourcen. So wird etwa unter dem Begriff „Extraktivismus“ (neuerdings auch „Neo-Extraktivismus“) die ökonomische Strategie zusammengefasst, eine Volkswirtschaft auf die möglichst ertragreiche Ausbeutung von Rohstoffen auszurichten. Gemäß der einfachen ökonomischen Logik von Angebot und Nachfrage sollte dies umso erfolgversprechender sein, je seltener diese sind. Eine umfassendere Betrachtung zeigt freilich, dass gerade die Ausrichtung auf Rohstoffe auch viele systematische Probleme mit sich bringt, was als „Ressourcenfluch“ bis zur völligen Umkehrung der Argumentation gehen kann. Je größer nämlich die relative Bedeutung eines

Rohstoffes für die Volkswirtschaft oder den Staatshaushalt, desto wahrscheinlicher ist die Herausbildung einer Rentenökonomie, in der die Bevölkerung wesentlich von arbeitslosen Einkommen aus dem Rohstoffverkauf lebt, und desto anfälliger ist das Land auch für Preisschwankungen. Dies wird dadurch verschärft, dass positive Preisentwicklungen oft nicht in den Aufbau von Reserven oder Alternativen investiert, sondern als Ausdehnung unproduktiver Ausgaben dauerhaft verplant werden. Die „niederländische Krankheit“ (Corden/Neary 1982) fasst dies anhand der Folgen der Erdgasfunde in den Niederlanden in den 1950er Jahren auch in ein theoretisches Konzept, das für die meisten Länder relevant ist, die (auch) Rohstoffexporteure sind: Der Zustrom von Devisen führt zur Aufwertung der Währung, dies zu geringerer internationaler Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitslosigkeit, der durch verstärkte öffentliche Beschäftigung begegnet wird. Folge sind höhere Ausgaben bei geringeren Erträgen.

Aus der empirischen Forschung kommen außerdem zwei ernüchternde Befunde: Zum einen liegt das Wirtschaftswachstum in ressourcenreichen Volkswirtschaften tendenziell niedriger als in anderen (Sachs/Warner 1995), zum anderen sind diese auch anfälliger für Konflikte (Collier/Hoeffler 1998). Dazu treten eine größere Unsicherheit der Erträge bei einseitiger Ausrichtung einer Volkswirtschaft, der oft enklavenartige Charakter der Rohstoffherzeugung, der nur geringe positive Impulse in die Gesamtwirtschaft hervorruft, und die Unterinvestition in Humankapital, weil dieses als Produktionsfaktor eine weniger wichtige Rolle spielt. In bewaffneten Konflikten ist der Zugang zu den Erträgen aus der Rohstoffausbeutung außerdem oft direkte Motivation oder zumindest Finanzierungsquelle, um dadurch politischen Einfluss zu erlangen. Das steht in engem Zusammenhang mit Defiziten der politischen Teilhabe, die mit rentenökonomischen Strukturen meist einhergehen, was Gewalt zu einem näherliegenden Mittel der Politik macht.

Im Folgenden wird nun ausgehend von diesen Befunden die Rolle von Rohstoffen bei der Organisation von Gesellschaften aus einer langfristigen Weltsystemperspektive betrachtet, diese anschließend um institutionenökonomische Überlegungen ergänzt und diese Sicht der Dinge schließlich anhand des Fallbeispiels Kongo näher erläutert. Schlussfolgerungen runden diesen Beitrag ab.

Rohstoffausbeutung im Modernen Kapitalistischen Weltsystem

Nach Immanuel Wallerstein leben wir seit rund 500 Jahren als Folge der Umbrüche im Zuge des „langen 16. Jahrhunderts“ in einem globalen Zusammenhang, den er als das „Moderne Kapitalistische Weltsystem“ bezeichnet. Es ist hier nicht der Ort, um die Genese und die Wirkungsprinzipien dieses Weltsystems ausführlich darzulegen (siehe dazu z.B. Wallerstein 1986) oder gar die Grundprinzipien der Weltsystemanalyse (siehe dazu etwa in aller Kürze Wallerstein 2006 oder ausführlich Babones/Chase-Dunn 2012), vielmehr sind die wichtigsten Elemente im Zusammenhang mit der Rolle von Rohstoffen darzulegen.

Ein längeres Zitat aus dem *Handbook of World-Systems-Analysis* zum Thema „Extraktion“ bildet dabei den Anfang: „Extraction is fundamental to the structure and history of the world-system. As early world-systems analysts explained, extraction provides the basic raw materials for production and consumption, and in the capitalist world-system

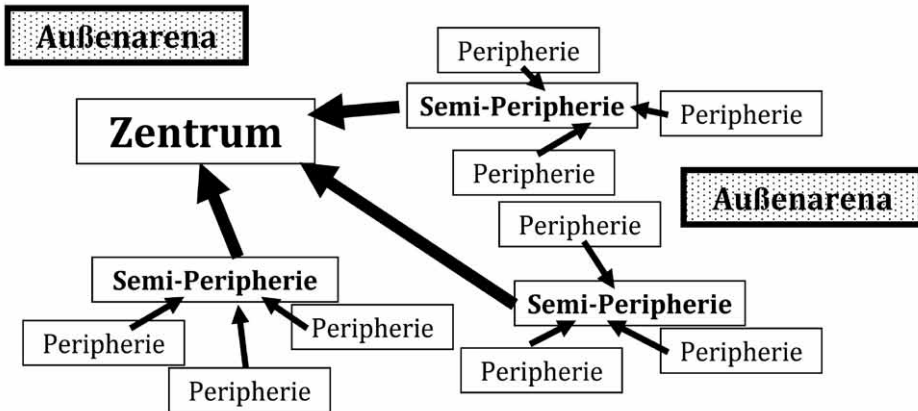
these raw materials are transformed into commodities with exchange values. Declining terms of trade and persistent unequal exchange renders extractive peripheries underdeveloped and ecologically impoverished. Far from an ephemeral period in the evolution of human societies, extraction in the peripheral regions endures and is thus vital to consideration of possible world-system futures.“ (Gellert 2012:404) Es geht also um die „Kommodifizierung“ von Rohstoffen, um die Verwandlung von Natur in ökonomische Werte. Güter, die für eine lokale Bevölkerung möglicherweise keinen oder nur geringen Wert haben, können im Weltsystem durchaus eine wichtige Rolle spielen und so zum Gegenstand der „Inwertsetzung“ werden. Das hierarchische System ist dabei geprägt von „ungleichem Tausch“ zugunsten seiner zentraleren Regionen und der Ausbeutung von Natur und Mensch, die sich vorwiegend in den periphereren Regionen abspielt.

Aus der Weltsystemperspektive werden globale und lokale Verhältnisse stets im globalen Kontext betrachtet. Historische Entwicklungen sind immer zugleich sozial, politisch und ökonomisch, wobei in jüngerer Zeit auch ihre ökologische Dimension verstärkt zur Geltung gebracht wird. Wertströmen, wie dem Handel mit Rohstoffen, stehen stets Machtverhältnisse gegenüber, die auch lokal nur verständlich werden, wenn ihre globale Einbettung bedacht wird. Beziehungen sind immer geprägt von Abhängigkeiten, die zwar meist zweiseitig, aber in der Regel ungleichgewichtig sind. Das kann extreme Formen wie koloniale Ausbeutung annehmen, oder auch scheinbar milde Formen wie freiwilligen Tausch auf Märkten.

Die Weltsystemperspektive ist auch durch ein besonderes Verhältnis zu Raum und Zeit bestimmt. Angelehnt an klassische Zentrum-Peripherie-Modelle wird das Weltsystem in drei funktional unterschiedene Zonen unterteilt, wobei zu „Zentrum“ und „Peripherien“ die vermittelnde Instanz der „Semi-Peripherien“ hinzutritt und die Zonengrenzen auch durch Staaten verlaufen können. Diese Zonen zeichnen sich durch ein spezifisches, hierarchisches Grundmuster der Interaktion aus, die regelmäßig und dauerhaft sein muss, wobei ein Auf- oder Abstieg in dieser Hierarchie schwierig, aber möglich ist. Neben Weltsystemen existieren – zumindest historisch – „Außenarenen“, d.h. Gebiete, die nicht in das eigentliche Weltsystem integriert sind. Dabei kann es durchaus politische oder kulturelle Beziehungen und ökonomischen Austausch geben, sie sind aber eher unregelmäßig und funktional weder für das Weltsystem noch für die Außenarena erforderlich. Verstärken sich die Kontakte, kann eine Außenarena durch „Inkorporation“ jedoch zum Teil des Weltsystems werden.

Außerdem ist das Weltsystem aber auch von kurzfristigeren zyklischen Schwankungen geprägt. Diese Schwankungen treiben das System in einer dynamischen Wechselwirkung aus dem Gleichgewicht und eröffnen damit Möglichkeiten zum Übergang. Diese an Fernand Braudel angelehnte Sichtweise entwickelte Wallerstein zu einem differenzierten Zeit-Raum-Modell weiter, indem er die Zeit mit dem Raum verwob und das entstandene Gemenge theoretisch auflud. So unterscheidet er einen kurzfristigen „episodisch-geopolitischen“, einen mittelfristigen „zyklisch-ideologischen“ und einen langfristigen „strukturellen“ Zeit-Raum sowie einen sehr langen „ewigen“ Zeit-Raum und einen qualitativ anderen „transitorischen“ Zeit-Raum für Phasen des Übergangs (Wallerstein 1995:164-179). Neben unterschiedliche Dauer der Zeiten tritt dabei stets eine dazu historisch passende unterschiedliche räumliche Reichweite. Historische Akteure sind dabei trotzdem und jedenfalls wichtig, denn alle relevanten Prozesse und Struktu-

Abbildung 1: Eine schematische Darstellung der Ressourcenflüsse im Weltsystem



ren bilden, entfalten und verfestigen sich letztlich durch das Zusammenwirken individueller und kollektiver Handlungen oder Unterlassungen.

Die Versorgung mit Rohstoffen ist ein Paradebeispiel für die Wirkung der sozialen, politischen, ökonomischen und ökologischen Prozesse im Weltsystem, vor allem in seiner aktuellen Form als tatsächlich globale Weltwirtschaft. Der Rohstoffhandel ist in besonderem Ausmaß geprägt von Abhängigkeiten und dient der Erzeugung von Mehrwert. Daher ist im Zentrum, das seine Stellung auch der Produktion am oberen Ende der Wertschöpfungskette verdankt, eine Überschussnachfrage nach Rohstoffen zumindest wahrscheinlich, während es Ressourcenquellen möglicherweise in allen Zonen eines Weltsystems gibt, ihre Ausbeutung aber nicht überall rentabel sein muss. So strömen Rohstoffe in aller Regel von Peripherien in Semi-Peripherien und von dort weiter ins Zentrum, das als relativ homogene Einheit mit intensiviertem, einigermaßen fairem und wechselseitig profitablen Austausch zu denken ist. Demgegenüber sind die Beziehungen zwischen verschiedenen Semi-Peripherien bzw. Peripherien und dem Zentrum (sowie in geringerem Ausmaß auch jene zwischen Peripherien und Semi-Peripherien) jeweils exklusiv zu verstehen und unterliegen ungleichem Tausch, teils sogar Zwang. Der interne Austausch zwischen verschiedenen Semi-Peripherien oder gar Peripherien ist wenig entwickelt oder fehlt ganz und zwischen ihnen herrscht auch eher eine Disharmonie der Interessen. Zudem profitiert das Zentrum von der Zentralisierung der Beziehungen, seine Spezialisierung auf Güter mit starken Verkettungseffekten und hoher Wertschöpfung und das Abwälzen von Risiko (sowohl der Unsicherheit der Erträge als auch der konkreten Gefahren oder negativen Folgen der Produktion), während abhängige Zonen wenig Spielraum zur räumlichen oder sachlichen Diversifizierung haben. Im Zentrum konzentrieren sich in der Folge auch Technologieentwicklung und Humankapital, was die Unterschiede weiter verstärkt, nicht zuletzt durch die relative Stärke der Staaten im Zentrum, finanziell wie militärisch, und die tendenzielle Verteuerung seiner Produkte, vor allem verarbeiteter Waren. Semi-Peripherien nehmen im Hinblick auf Verkettungseffekte, die Stärke des Staates und die Tauschwerte der erzeugten Güter jeweils eine Zwischenposition ein.

Ein weiterer genereller Unterschied zwischen den drei Zonen, der auch für die Erzeugung von Rohstoffen sehr wichtig ist, ist die unterschiedliche Organisation der Arbeitsverhältnisse und damit der Produktion. Generell dominiert im Zentrum die formalisierte Lohnarbeit mit einer relativ starken Position der Arbeitskräfte, während in den Semi-Peripherien prekär formalisierte Risikoteilung (z.B. Pachtsysteme oder ungesicherte Lohnarbeit) praktiziert wird und in den Peripherien unsichere informelle Arbeitsverhältnisse und Zwangsarbeit an der Tagesordnung sind. Rohstoffabbau mag in allen Zonen des Weltsystems stattfinden, wie ja z.B. auch in den USA oder Australien, seine Organisation, die Verteilung der Mehrwerte und auch die ökologischen Folgen unterscheiden sich aber meist beträchtlich.

Eine kurze Geschichte der Ressourcenausbeutung im Modernen Kapitalistischen Weltsystem zeigt eine ziemliche Stabilität dieser Muster. Historisch ist dabei zu unterscheiden, ob ein Rohstoff aus einer Außenarena bezogen wird und damit einen Nettozufluss darstellt, oder ob es sich um eine Konkurrenzsituation innerhalb des Weltsystems handelt, womit nur über Effizienzgewinne zusätzlicher Mehrwert geschaffen werden kann. Auch daher kamen, sofern möglich, viele Rohstoffe anfangs aus Außenarenen, ehe ihre Verteilung über abhängige Tauschbeziehungen innerhalb des Weltsystems organisiert wurde. Arbeitskraft, Nahrungs-, Energie- und Industrierohstoffe folgten ähnlichen Mustern, bei denen stets die günstigsten Quellen für Rohstoffe gesucht wurden, wobei räumliche Nähe durch eine Senkung der Transportkosten und militärische Dominanz zum immer weniger zutreffenden Indikator für Billigkeit und Sicherheit der Versorgung wurde (Ciccantell 2012:385-387). Dazu kam eine von Freihandelstheorien und Imperialismus untermauerte Marktöffnung, die auch in der post-kolonialen Epoche eine Grundlage bildete, um die Verhältnisse aufrechtzuerhalten.

Institutionenökonomische Ergänzungen

Die Weltsystemanalyse liefert eine gute Erklärung für die Wirkungen globaler Prozesse auf der lokalen Ebene, speziell für den Anwendungsfall der Rohstoffe. Wertvolle Ergänzungen für ihr Zusammenspiel mit lokalen Faktoren können in jüngeren institutionenökonomischen Arbeiten gefunden werden, die auch expliziter auf das Problem der Gewalt eingehen, das ja insbesondere rohstoffreiche periphere Länder oft prägt. 2009 stellte Douglass North mit John Wallis und Barry Weingast eine Erklärung von langfristigen Entwicklungstendenzen vor, die von der Prämisse ausging, dass Gesellschaften Institutionen vor allem deshalb schaffen, um das Problem der Gewalt einzudämmen (North u.a. 2009). Daraus entwickelten sie eine Typologie von Ordnungen mit „offenem“ und „beschränktem“ Zugang. Erstere sind historisch eine junge Ausnahme und zeichnen sich durch formalisierte und nicht-diskriminierende Rechtsstaatlichkeit, langlebige politische und wirtschaftliche Organisationen (gemeint sind hier z.B. Parteien oder Unternehmen) mit niedrigen Zugangsschranken und ein öffentliches Gewaltmonopol aus. Letzteren fehlen diese Eigenschaften ganz oder teilweise, wobei man sie weiter in „fragile“, „basale“ und „reife“ Ordnungen mit beschränktem Zugang unterteilen kann, die sich durch einen abnehmenden Grad der Beschränkung von privaten Organisationen und einen zunehmenden Grad der Kontrolle des Gewaltpotenzials durch einzelne Akteure und Gruppen auszeichnen.

Schlüssel für die Erklärung ist dabei der Zugang zu ökonomischen Renten, wie sie in jedem Produktions- und Tauschprozess als Differenz zwischen Erwartungen an den und Ergebnissen aus dem Markt entstehen. Diese Renten, von denen der Mehrwert aus Kommodifizierung oder Wertschöpfung ein wichtiger Teil ist, sind dann am insgesamt größten, wenn Potenziale bestmöglich realisiert werden. Das ist am ehesten in einer Ordnung mit offenem Zugang möglich, die zugleich das höchste Niveau an persönlicher und öffentlicher Sicherheit aufweist. Leider stellt sich dieser Zustand nicht von selbst ein. Der Grund, warum hingegen sogar Bürgerkriegsökonomien lange Zeit auf katastrophale Weise stabil bleiben können, liegt in der Verteilung der Renten. Generell monopolisieren in geschlossenen Ordnungen Eliten mit Gewaltpotenzial die Verteilung zu ihren Gunsten, umso mehr in den fragilen Ordnungen von gescheiterten Staaten. Das vermindert Anreize bei allen, die nicht zur Elite gehören, und daher den Gesamtumfang der Renten. Der Anteil der Elite aber wird in einer geschlossenen Ordnung jedenfalls größer sein als in einer offenen.

Und das ist das Problem. In ökonomischer Sprache könnte man von einem „Gewaltkartell“ sprechen, bei dem Anreize fehlen, die Ordnung in gesamtwirtschaftlich wünschenswerter Weise zu verändern. Die notwendige Bedingung für positive Entwicklung ist daher eine Veränderung der Anreize für Personen und Gruppen mit Gewaltpotenzial. Es muss in deren Interesse liegen, von Gewalt abzusehen und eine Öffnung der Ordnung zulassen. Dass damit notwendigerweise eine Selbstentmachtung verbunden ist, politisch wie ökonomisch, macht die Sache komplizierter (siehe Exenberger 2014 für eine Anwendung dieser Theorie auf Konfliktformationen). Letztlich sind in früheren Phasen der Transformation für eine positive Veränderung glaubwürdige Verpflichtungen aller Akteure erforderlich, keine Gewalt zur Konfliktlösung einzusetzen bzw. in späteren Phasen der Transformation die Ergebnisse von politischen oder ökonomischen Prozessen jedenfalls anzuerkennen und sich nur formalisierter Formen der Schlichtung zu bedienen. Externe Akteure können dabei sowohl positiv als auch negativ verstärken. Sind sie ein Anker für glaubwürdige Arrangements, können sie tendenziell positiv wirken. Sind sie hingegen aktiv oder passiv Konfliktpartei, werden sie negativ wirken. Für den Fall der Rohstoffbeschaffung im Weltsystem ist letzteres zweifellos wesentlich wahrscheinlicher.

Wie die Weltsystemperspektive liefert der North'sche Ansatz eine theoretische Begründung für den negativen Zusammenhang von Rohstoffreichtum mit Wachstum wie auch für den positiven mit Konfliktnéigung, wenn auch vor sehr unterschiedlichen methodologischen Hintergründen. Das Ausmaß (und in Sonderfällen wohl sogar die Richtung des Effekts) hängt freilich auch von der Art der Rohstoffe und der für ihre Ausbeutung nötigen Technik ab. Die höchste Anfälligkeit besteht dann, wenn Ausbeutung lokal konzentriert mit einfachsten Mitteln und unqualifizierter Arbeit möglich ist und Differenzen zwischen Erzeugungskosten und Weltmarktpreis hoch sind. Weitere Bestimmungsfaktoren sind das lokale wirtschaftliche Umfeld und vor allem die Art der Einbettung in globale Zusammenhänge. Im wirtschaftlich gut entwickelten Zentrum des Weltsystems hätte eine verstärkte Rohstofforientierung weniger negative Effekte als in einer von Armut geprägten Peripherie. In jedem Fall ist aber der Weg aus einer negativen Dynamik schwierig, wenngleich nicht unmöglich. In aller Kürze stellt sich das Problem in den Worten von North wohl wie folgt dar: „Helping LAOs [Ordnungen mit beschränktem Zugang] to make their organizations more durable and rule-based is more useful for de-

velopment than trying directly to promote the appearance of fully open economic and political competition in societies where threats of violence perpetuate limited access arrangements.“ (North u.a. 2013:340)

Ein aufschlussreiches Fallbeispiel: Kongo

Wenden wir uns nach diesen schematischen Ausführungen nun einem konkreten Fallbeispiel zu, das diese Zusammenhänge verdeutlicht. Es handelt sich um die Region um den Kongo-Fluss und ist speziell aus der Wallerstein'schen Zeit-Raum-Perspektive besonders interessant, haben sich doch dort die Orte der verdichteten Interaktion im Zeitablauf auch räumlich stark verschoben, sodass man verschiedene zyklisch-ideologische Zeit-Räume unterscheiden kann. Nachdem es bereits im späten 15. Jahrhundert zu ersten transkontinentalen Kontakten des Königreichs Kongo im Westen der Region gekommen war, folgte die formelle Kolonisierung mit einem räumlichen Schwerpunkt viel weiter im Binnenland erst Ende des 19. Jahrhunderts. Mit ihrer Intensivierung verschob sich der Schwerpunkt weiter in den Südosten auf die Erzlagerstätten in Katanga, wo er vorerst auch nach der eiligen Dekolonisierung 1960 blieb. Aus einem mehrjährigen Bürgerkrieg ging Mobutu Sese Seko als Langzeitherrscher hervor, doch sein Regime kollabierte in den 1990er Jahren, was erneut langjährige Kriegswirren vor allem im Osten der Region zur Folge hatte, die in abgeschwächter Form andauern (für eine ausführliche Gesamtschau der Geschichte des Kongo siehe van Reybrouck 2012).

Insgesamt ist die Geschichte der Region von unsicheren politischen Verhältnissen und Gewalt als Mittel der Politik geprägt. Dies ging mit einer verstärkten Erosion von Kontrolle einher, was sowohl traditionelle Formen politischer Verantwortung wie auch die (post-)koloniale Kommandostruktur betraf (Exenberger/Hartmann 2013). Im Ergebnis war Gewalt keine die Ordnung störende Anomalie, sondern vielmehr das logische Resultat aus dem Zusammenspiel extraktiver, von perversen Anreizen und Machtmissbrauch geprägter Institutionen. Dabei ähneln sich die prä-kolonialen, kolonialen und post-kolonialen Strukturen. Das zeigt die Dauerhaftigkeit institutioneller Arrangements in strukturell ähnlichen Situationen und verweist auf ein stabiles Muster der Einbettung in weltsystemische Zusammenhänge, wenngleich das Trägermedium und damit der Ort dieser Einbettung wechselten. Auf dieser Basis sind fünf zyklisch-ideologische Zeit-Räume zu identifizieren, wobei der erste („Sklaven-Zyklus“) und vierte („Kupfer-Zyklus“) bei genauerer Analyse vermutlich in mehrere zerfallen würden, was aber für unser Thema von untergeordneter Bedeutung ist. Die Zeit-Raum-Perspektive ist dabei umso wertvoller, als die politischen Einheiten in der Region nicht langfristig stabil sind. Vielmehr handelt es sich bei der heutigen Demokratischen Republik Kongo um einen typischen artifiziellen, vom Kolonialismus übergestülpten Staat, der traditionelle politische Einheiten im besten Fall in sich aufnahm, oft aber einfach zerstörte oder überformte.

Sklaven-Zyklus

Als die Menschen in den atlantischen Küstengebieten der Kongo-Region in Austausch mit dem Weltsystem traten, geschah dies trotz vor allem anfangs regelmäßiger diplomatischer Kontakte als Außenarena. Doch bereits während des 16. Jahrhunderts begann

die Einbindung der Region in einen vom Bedarf der amerikanischen Kolonien nach Arbeitskraft geprägten Sklavenmarkt. Dabei kann man aus europäischer Perspektive von einem Prozess der *wealth creation* sprechen; es wurden also durch den Zugriff auf afrikanische Arbeitskraft zusätzliche „Werte“ für das Zentrum des Weltsystems geschaffen, vor allem über die amerikanische Plantagenökonomie. Zugleich erkennen wir aus afrikanischer Perspektive einen Prozess der *wealth diversion*, also der Umlenkung von „Werten“ durch den Abzug von Arbeitskraft, in diesem Fall sogar mit negativer Gesamtwirkung. Da die eigentliche Bereitstellung von Sklavinnen und Sklaven innerafrikanisch organisiert war und Europäer nur in seltenen Ausnahmen als Anbieter, sondern in der Regel nur als Nachfrager auftraten, profitierten die Küstenregionen auf Kosten des Hinterlandes (Inikori/Engerman 1998). Erstere hatten Zugriff auf die Prestigegegenstände aus dem Tausch mit Europa, während letztere immer mehr zu Orten der systematischen Sklavenjagd wurden.

Zwischen dem 16. und dem 18. Jahrhundert wurde der „afrikanische“ Sklavenhandel zunehmend in ein großangelegtes, globalisiertes „atlantisches“ Geschäft transformiert, das wesentlich auf privatem Kapital basierte (Klein 1999). In dieser Zeit etablierten sich Brückenköpfe des Weltsystems in Form von europäischen Handelsstützpunkten entlang der Küste sowie von punktuellen portugiesischen und später französischen Territorialbesitz in Angola und dem Senegal. Die Kongo-Region folgte diesem Muster, wobei der Sklavenhandel auf die portugiesischen Häfen in Luanda und Loango ausgerichtet war und damit auf die Versorgung von Brasilien. Während des 18. und sogar noch verstärkt im 19. Jahrhundert wurden etwa 30 bis 40 % des gesamten transatlantischen Sklavenhandels aus der Kongo-Region (von Gabun bis Angola) abgewickelt, insgesamt mehr als fünf Millionen und teils mehr als 30.000 Menschen pro Jahr (Klein 1999:208-211). Ein Aufstieg der Küstengesellschaften auf Kosten des Hinterlandes und eine Beeinträchtigung der afrikanischen Arbeitsverhältnisse waren die logische Folge, was umso schwerer wog, weil es sich in der Regel um Wirtschaften handelte, in denen Land leicht verfügbar, Arbeitskraft hingegen knapp war (Hilton 1987). Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Umfang der Sklavenjagden sich in der Regel nur ungenau in den transatlantischen Transportzahlen widerspiegelt, weil es sowohl bei den Überfällen als auch bei den Wanderungen an die Küste zu beträchtlichen Verlusten an Menschenleben gekommen ist (Miller 1988:440f). Diese Gewalt, die zunehmende Unsicherheit und der Verlust an Menschen, speziell von solchen im ökonomisch produktivsten Alter, gefährdete die Stabilität aller sozialen, politischen und wirtschaftlichen Strukturen in der Region. Diese Umstrukturierung der innerafrikanischen Verhältnisse steht als wichtigste Konsequenz des Sklavenhandels neben der Umlenkung von Handelsbeziehungen. So etablierten sich sowohl in den inneren wie auch in den äußeren Beziehungen Institutionen, durch die die Bereitstellung von Ressourcen organisiert wurde. Von besonderer Bedeutung ist dabei der endemisch gewaltsame Charakter der Versklavung, der den Weg in die Institutionalisierung brutaler Ausbeutung ebnete. Dieser spielt Gruppen und Personen mit Gewaltpotenzial politisch wie ökonomisch in die Hände.

Die Region war zu dieser Zeit noch eine Außenarena, jedoch mit beidseitig relevanten, ungleichen Verbindungen zum Weltsystem. Ich möchte sie daher – in Ergänzung zur üblichen Terminologie – als seinen „extraktiven Rand“ charakterisieren. Als

solches bestand sie aus Gesellschaften, die als Ziel von Sklavenjagden zunehmend desintegrierten: den eigentlichen Beschaffern der „Ware Mensch“, lokalen Eliten in stärker werdenden Küstenstaaten, die den Austausch mit den Europäern organisierten und damit den Zugang zu Prestigegütern kontrollierten; den europäischen Händlern, die damals noch weniger „Herren“ als vielmehr Mediatoren des Bedarfs des Weltmarkts waren; und schließlich europäischen Eliten, die anders als die afrikanischen als Manager des Austausches in der privilegierten Position waren, einen wirklich globalen Blick einnehmen zu können. Dieses Muster sollte sich in weiterer Folge als tragfähige Basis erweisen, um auch andere Ausbeutungszyklen so zu organisieren.

Elfenbein-Zyklus

Im 19. Jahrhundert stiegen zwar die Zahlen im Sklavenhandel aus der Kongo-Region noch an – absolut wie relativ und speziell, wenn man auch den Osten stärker in den Blick nimmt, wo nun auch islamische Händler immer aktiver wurden –, aber gleichzeitig sanken die Preise, während die Risiken zunahmen (Miller 1986:70-72). Händler machten sich daher auf die Suche nach Alternativen. Im Fall der Kongo-Region fanden sie eine solche in Form von Elfenbein bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts (Rempel 1998). Erneut kam die Nachfrage vom Weltmarkt, wo der Rohstoff z.B. für Kunsthandwerk, Klaviertasten und Billardkugeln verwendet wurde, und daher vor allem von europäischen und kolonialen Oberschichten. Anders als Arbeitskraft war Elfenbein ein typisch afrikanisches Produkt, das man nur dort im großen Stil „ernten“ konnte. Es war aber auch ein Produkt, dessen Erzeugung zu den durch den Sklavenhandel eingespielten Praktiken passte. Elefanten mussten gejagt und getötet werden, um Elfenbein zu gewinnen, das dann zu den Handelsplätzen an die Küste transportiert werden musste. Erneut fördert dieses Muster direkt die gesellschaftliche Stellung von Gruppen und Personen mit Gewaltpotenzial. Die Tiere wichen der Verfolgung natürlich aus, durch ihren Rückzug ins Hinterland wurde das Elfenbein daher auch zum Hauptanreiz für das Vordringen entlang des Kongo-Flusses (Shayt 1992:401f), auch wenn dieses vorerst episodisch blieb.

Der extraktive Charakter des Handels und der Produktion blieb praktisch gleich, vor allem gab es keine nennenswerten positiven Effekte auf die lokale Wirtschaft aus der Ausbeutung der Ressource Elfenbein. Die Elefantenjagd war gefährlich und gewalttätig, Jäger mussten oft zwangsverpflichtet werden. Der Zufluss von Tauschgütern an die lokalen Eliten – soweit man das aufgrund der spärlichen Quellen sagen kann – war hingegen bestenfalls stabil und in der Regel abnehmend. Das verweist bereits auf die sich verschiebenden Kräfteverhältnisse zwischen Europa und Afrika und damit auf den Charakter der Anbindung der Kongo-Region an das Weltsystem, den Übergang vom „extraktiven Rand“ zur Peripherie. Lokale Eliten befanden sich in der Rolle von Zwischenhändlern, lokale Gesellschaften mussten vor allem die negativen Effekte der Jagden tragen und europäische Händler übernahmen an den Küsten Produkte gegen Tauschgüter und gute Profite. Anders als bei Arbeitskraft, die auch lokal von großer ökonomischer Bedeutung war, war dieser Zyklus aber bereits davon geprägt, dass der Wert von Elfenbein durch seinen Tauschwert auf dem Weltmarkt und damit von den Verwertungsprozessen im Weltsystem bestimmt war, während es in afrikanischen Ökonomien nur eine untergeordnete Rolle spielte.

Kautschuk-Zyklus

Elfenbein war schließlich auch ein Motiv für Leopold II. von Belgien, in den 1860er Jahren an Henry Morton Stanley den Auftrag zu erteilen, den Kongo-Fluss zu erkunden, um dort „Verträge“ abzuschließen. Sie ebneten den Weg zur kolonialen Inbesitznahme zwischen 1876 und 1892. Trotz anfangs noch vieler „weißer Flecken“ ist das Gebiet spätestens damit als Peripherie in das Weltsystem eingegliedert. Das zeigt sich auch an zwei Aspekten der internationalen Diplomatie. Zum einen wurden die Ansprüche von Leopold II., der im sogenannten „Kongo-Freistaat“ eine Art Privatkolonie errichtete, im Rahmen der Berliner Konferenz von 1884/85 auch von den anderen Kolonial- und Großmächten bestätigt. Zum anderen war ein wichtiges Element für diese Bestätigung das Versprechen von Freihandel in der Region, was – auch wenn es letztlich unerfüllt blieb – die wirtschaftliche Inkorporation auch ideologisch unterfütterte.

Zentrales wirtschaftliches Element im Regime von Leopold II. war aber nicht Elfenbein, sondern Kautschuk, wobei der König sich bereits 1891 und 1892 die Monopole über beide Güter per Dekret gesichert hatte (Emerson 1979:152). Dies hatte einerseits technische Gründe, denn Gummi wurde als Werkstoff für Isolationszwecke, Schuhe, Regenmäntel und später auch Reifen immer interessanter, andererseits aber auch strukturelle, denn die Nachfrage nach Kautschuk war anders als beim Luxusgut Elfenbein viel stärker durch den Massenbedarf der aufstrebenden Industrie geprägt. Leopold sicherte sich dabei vor allem die fixen Gewinne aus der Erteilung von Konzessionen für private, internationale Kapitalgeber, die letztlich die Errichtung der Handelsposten und ihre Sicherung finanzierten, während der koloniale Staat für die Bewaffnung sorgte (Gewald 2006:475).

1898 überstieg erstmals der Wert der Exporte der Kolonie jenen der Importe, was allerdings vor allem durch eines der brutalsten Zwangsarbeitssysteme der Kolonialgeschichte ermöglicht wurde. Auch wenn die lokalen Verhältnisse variierten, war doch insgesamt die einheimische Bevölkerung durch Produktionsquoten, Arbeitsverpflichtungen und eine Kautschuksteuer zu massivem Raubbau an der Ressource und der eigenen Arbeitskraft gezwungen, was mit rücksichtsloser Gewalt durchgesetzt wurde. Das Instrument dafür war die *carte blanche* (Slade 1962:181), der praktische Freibrief für Kolonialbeamte, die Vorgaben mit allen Mitteln durchzusetzen. Zu diesen Mitteln gehörten das Abtrennen von Händen bei unzureichender Leistung oder Kollektivbestrafungen bis zum Massenmord. Ein ehemaliger Kolonialbeamter fasste das so zusammen: „If a man's inclined to degeneration and brutality, the Congo Free State is a good forcing-house for his evil qualities.“ (Nelson 1994:93) Bezeichnenderweise wurden solche Zwangsmaßnahmen auch zur Rekrutierung der Kolonialarmee eingesetzt, der sogenannten *force publique*, die mit schließlich 17.000 Mann eine für afrikanische Verhältnisse sehr große Truppe war. Abgerundet wurde dieses Vorgehen von Beginn an durch eine typische koloniale Praktik, die Konfiskation von „unbesetztem“ Land. Als solches wurde alles unbebaute Land definiert, was in einem System der Wanderkultivierung natürlich massive Enteignung und eine Einschränkung der wirtschaftlichen Möglichkeiten der einheimischen Bevölkerung zur Folge hatte (Young 1994:77).

Die Auswirkungen dieses Systems, das erst 1908 durch die Übernahme der Kolonie durch den belgischen Staat beendet wurde, waren katastrophal. Die vermutlich besten Schätzungen über die Todesopfer bewegen sich bei rund fünf Millionen, selbst das Kö-

nigliche Kolonialmuseum in Tervuren akzeptiert mittlerweile einen Bevölkerungsverlust von 20 % für diese Epoche (siehe für diese Debatte Castryk 2007). Dabei sind die starken Nachwirkungen in Form von gesunkener Geburtenneigung schwer zu quantifizieren. Dass ein derartiger Verlust an Bevölkerung, aber auch an Kontrolle über die eigenen Lebensumstände die soziale Ordnung in der gesamten Region weiter und praktisch bis zum Zusammenbruch belastete, dürfte klar sein. Doch auch die wirtschaftlichen Auswirkungen waren fatal. Die Kautschukbäume waren durch den Raubbau größtenteils zerstört, die Arbeitskraft schwer in Mitleidenschaft gezogen und am Ende der Leopoldinischen Ära stand die Kolonie vor dem Bankrott. Dazu kamen Imageprobleme aufgrund einer internationalen Kampagne gegen Leopold II., die sowohl von der Privatinitiative des britischen Aktivisten Edmund D. Morel und der *Congo Reform Association* getragen war, wie auch vom Interesse der anderen europäischen Kolonialmächte, durch Verweis auf die „inhumanen Praktiken“ des belgischen Königs ihre eigenen Unternehmen als vergleichsweise „normal“ erscheinen zu lassen.

Insgesamt erfolgte während dieses Zyklus die völlige Inkorporation der Region als Peripherie in das Weltsystem. Wirtschaftlich wurden die lokalen Ökonomien auf die Bedürfnisse der Kolonialmacht und die Weltmarktnachfrage umgestellt, politisch erfolgte das durch ein brutales System der Unterwerfung, die auch rassistisch und zivilisatorisch gerechtfertigt wurde. Insbesondere verschwand praktisch die Interaktionsebene der vermittelnden lokalen Eliten bis auf kleine, oft unfreiwillige Reste. An ihre Stelle traten wenige europäische Kolonialbeamte, die ein nahezu unkontrolliertes Gewaltmonopol ausübten und die Interaktion mit dem Zentrum organisierten. Damit kontrollierten sie auch den Zugang zu Renten, nicht zuletzt zugunsten von international finanzierten Privatunternehmen.

Kupfer-Zyklus

Nach der Übernahme der Kolonie durch den belgischen Staat wurde das Regime – zumindest seinem Anspruch nach – im doppelten Wortsinn zivilisierter, jedoch letztlich kaum weniger extraktiv, denn unverändert dominierten wirtschaftliche Erwägungen seine Organisation. Der Kautschuk war durch Raubbau und Preisverfall allerdings nicht mehr attraktiv. Für wenige Jahre wurde der Kongo daher zum vorrangigen Agrarproduzenten, ehe die globale Nachfrage nach Mineralien mit dem Ersten Weltkrieg dramatisch anstieg, weil sie nicht nur in der Industrie, sondern nun auch in der Kriegswirtschaft gebraucht wurden. Neue Lagerstätten wurden vor allem im Ostkongo erschlossen, speziell in der südöstlichen Provinz Katanga.

Auch wenn sich damit Ort und Art der Ausbeutung deutlich veränderten, konnte die Organisation auf die etablierten Strukturen aufsetzen. Weiterhin arbeitete der koloniale Staat mit Konzessionen an Privatunternehmen, die sich zwar auch international finanzierten, aber doch staatsnah waren, und mit direkten und indirekten Formen der Zwangsarbeit. So dauerten Arbeitspflichten und teilweise auch Umsiedlungen an, auch aus den Mandatsgebieten in Ruanda und Burundi. Insgesamt wurde der Zwang aber nun in Form von Steuern eher indirekt ausgeübt. 1914 wurde die sogenannte *impôt indigène* eingeführt, eine Kopfsteuer, für deren Entrichtung die Menschen auf Lohnarbeit angewiesen waren, wie sie in den Minen angeboten wurde. Dieser Zwang war auch erforderlich, weil die Arbeitskräftebeschaffung schwierig war. Die Bergbauregionen waren

dünn besiedelt und die Arbeit in den Minen war weit gefährlicher als traditionelle Agrarproduktion, die angesichts einer wachsenden Zahl an Menschen außerhalb des Agrarsektors ebenfalls profitabel war (Nelson 1994:129 führt freilich aus, dass die Steuer auch den „zivilisatorischen“ Zweck hatte, die „Neger“ an Arbeit zu „gewöhnen“).

Während auch der Bergbau ein strikt extraktives Geschäft war, das sich während der beiden Weltkriege besonders lohnte, hatte doch der Umstand, dass speziell die Kupferminen in der Regel unterirdisch lagen und entlegen waren, eine wichtige Nebenwirkung. Der Abbau der Ressourcen erforderte nun technische Einrichtungen und daher Investitionen, und der Zugang erforderte die Errichtung von Infrastruktur, u.a. Eisenbahnlinien. Obwohl die Mehrwertflüsse auch dabei stets ins Zentrum gelenkt wurden, wo Verarbeitung und Verwertung stattfanden sowie die Maschinen und Transportmittel entwickelt und produziert wurden, mussten zumindest die industrielle Aufbereitung und Reparaturen nun vor Ort organisiert werden. Dies traf sich mit dem Umstand, dass die Kolonialverwaltung stärker an der „Entwicklung“ der Kolonie und ihrer Menschen interessiert war, was sich nicht nur in der gezielten Förderung der Industrie äußerte, sondern auch in verstärkten Investitionen in Elementarbildung und praktisches Training. So war der Belgisch-Kongo gegen Ende der Kolonialzeit zwar von extremer Ungleichheit zwischen Kolonisten und Kolonisierten geprägt, speziell im Hinblick auf die Macht- und Besitzverhältnisse, jedoch war auch eine kleine Mittelschicht von einheimischen Spezialisten entstanden, die anfangs, um politische Mitbestimmung zu kämpfen.

Die Ausrichtung der Wirtschaft auf den Bergbau, insbesondere die Kupferproduktion, überstand den krisenhaften Übergang zur Unabhängigkeit zwischen 1960 und 1965. Auch im autokratischen Staat des Diktators Mobutu Sese Seko erfüllte das Extraktionssystem den Zweck der Regimestabilisierung, selbst wenn die Erträge bereits seit den 1970er Jahren nicht zuletzt infolge des Preisverfalls für die Güter des Kongo am Weltmarkt zurückgingen (Akitoby/Cinyabuguma 2004). Das Land verblieb in enger Bindung an das Zentrum des Weltsystems als Rohstofflieferant im Status einer Peripherie, während Mobutu sich durch Korruption, Kleptokratie und Vetternwirtschaft nicht nur persönlich bereicherte, sondern auch ein hierarchisches System von Loyalitäten installierte, weiter gefördert durch nationalistische „Zairanisierung“ der Wirtschaft während der 1970er Jahre (Lemarchand 2003:31). Dies schuf eine einheimische Elite, die sich um den Diktator scharte, der eine weitgehende Kontrolle über das Gewaltpotenzial im Land ausübte und damit zur zentralen Quelle des Zugangs zu Renten aufgestiegen war. Wilson Perez (2004) identifiziert dies als Strategie der „Aneignung und Verteilung“ anstatt der „Produktion und Besteuerung“, was auch zur Folge hatte, dass die Bereitstellung öffentlicher Güter wie Rechtssicherheit oder auch nur befestigter Straßen vernachlässigt wurde, weil sie keine Rolle für die Regimestabilität spielte. Um seine Herrschaft über den räuberischen Staat zu sichern, förderte Mobutu hingegen aktiv die weitere Fokussierung einer ohnehin nur wenig diversifizierten Ökonomie zugunsten seiner eigenen Klientel (Dunning 2005) mit der Folge einer sich ständig erweiternden Diskrepanz zwischen den Herrschenden und den Beherrschten (Lemarchand 2003).

Beute-Zyklus: Diamanten und Coltan

Der Schwerpunkt der ökonomischen Aktivitäten verlagerte sich während der 1980er und 1990er Jahre immer mehr weg von einem teilweise industrialisierten Geschäftsmodell

zur reinen Extraktion mit niedriger Technologieintensität, was langfristig auch die Stabilität des Regimes unterminierte, weil die zu verteilenden Renten immer weiter sanken. Es kippte schließlich in den 1990er Jahren sehr schnell in eine Bürgerkriegsökonomie, in der immer mehr Gruppen mit Gewaltpotenzial auf die politische Bühne drängten. Für deren Finanzierung waren einfach zu extrahierende Rohstoffe als „Beute“ nun zentral, weil in diesem Klima der Unsicherheit an technisch anspruchsvolle wirtschaftliche Aktivitäten nicht mehr zu denken war. So wurden Diamanten, die im Kongo bereits seit der frühen Kolonialzeit gefördert wurden, während dieses Ausbeutungszyklus nicht zuletzt deshalb immer wichtiger, weil sie technisch einfacher zu fördern waren als Kupfer und so in den 1990er Jahren zum zentralen „Preis“ im politischen Kampf werden konnten (Olsson 2006; Samset 2006). Diese Rolle spielte während der 2000er Jahre für kurze Zeit auch das seltene Coltanerz, das die Widersprüchlichkeit welt-systemischer Zusammenhänge wie kaum ein zweites Produkt verkörpert. Als teurer Grundstoff für High-Tech-Produkte des Zentrums wie Mobiltelefone oder Weltraumausrüstung wird es in der Peripherie teils mit bloßen Händen gegen minimale Entlohnung gefördert. Zugleich erfordert der Abbau, zumindest im Ostkongo, nur die vorübergehende Sicherung kleiner, ressourcenreicher Enklaven sowie den Zugriff auf Transportkanäle, wie etwa Flugfelder oder Grenzübergänge (Nest 2011). Das geht so weit, dass sich in den Exportstatistiken von Rwanda (Diamanten) und Uganda (Gold, Diamanten, Tropenhölzer) Raubgüter aus dem Nachbarland finden (UN 2001:19-26), wobei auch Privatunternehmen aus Europa und Nordamerika in die illegalen Aktivitäten involviert sind (UN 2002:46-47).

Insgesamt ergibt sich daraus ein internationales und interkontinentales „Netzwerk der Plünderung“ (Taylor 2003), das die nachteiligste Form der Integration einer Peripherie in das Weltsystem beispielhaft vor Augen führt: ein gescheiterter Staat, in dem bewaffnete Gruppen aber letztlich den Zugang zu im Weltsystem mit großem materiellem Wert aufgeladenen Ressourcen zu sehr günstigen Preisen unter fast völliger Abwälzung des Risikos auf die Bevölkerung in den betroffenen Regionen sicherstellen, deren Verkauf wiederum die Finanzierungsbasis dieser Gruppen und damit ihres Gewaltpotenzials darstellt. Eine solche Bürgerkriegsökonomie bleibt daher mit verheerenden Folgen in einer Negativspirale gefangen. Schätzungen der Opferzahlen in dem vor allem zwischen 1997 und 2003 tobenden Konflikt um die Macht im Land und um den Zugriff auf Rohstoffe überschreiten teils fünf Millionen Tote mit einer ähnlich hohen Zahl an Binnenvertriebenen. Dazu kommt ein Klima der exzessiven Gewalt in den vom Konflikt betroffenen Gebieten, vor allem der Kivu-Region im Osten. Das erlaubt keine Verbesserung des ohnehin nur schwach entwickelten sozialen Zusammenhalts, hat eine hohe Migrationsneigung zur Folge und führt auch auf der rein wirtschaftlichen Ebene zur Umlenkung der Arbeitskraft von der Erzeugung lebensnotwendiger Güter, wie z.B. von Nahrungsmitteln, die aufgrund der ständigen Überfälle ebenfalls gefährlich ist, auf die zumindest unmittelbar lohnendere Erzeugung von Exportprodukten.

Mittlerweile sind die extremen Auswüchse des jüngsten Ausbeutungszyklus zwar beendet, ja in den letzten Jahren kam es – nicht zuletzt mit chinesischem Kapital – sogar zu einem Wiederaufschwung des Bergbausektors in Katanga. Insgesamt bleibt die Rohstofforientierung des Landes aber aufrecht, ja sie vertieft sich sogar und erfasst neue Güter, z.B. Erdöl oder Tropenholz. Zynisch wird sogar gefragt, ob angesichts des großen Anteils von internationalen Hilfsgeldern an den Staatsfinanzen nicht eigentlich Ar-

mut die größte „Ressource“ des Kongo sei (Martens 2008). Daher ist die Basis für ein friedliches Zusammenleben unverändert sehr schwach, während die Keimzelle der Gewalt durch die fortgesetzte Orientierung der Wirtschaft an der Ausbeutung von Ressourcen weiterhin besteht. Das zeigt sich auch bei Daron Acemoglu und James Robinson, die in ihrer institutionenökonomischen Abhandlung über langfristige polit-ökonomische Entwicklung in aller Welt immer wieder auf den Kongo zu sprechen kommen (Acemoglu/Robinson 2012). Die Argumente gehen dabei allerdings kaum über eine Logik der „Spirale der Gewalt“ aufgrund extraktiver Institutionen hinaus. Es zeigt sich aber auch bei genauerem Hinsehen aus der North'schen Perspektive: Der Staat ist schwach, institutionelle Arrangements sind unsicher, die Eliten unverändert eher an schneller Ressourcenextraktion zur Machtstabilisierung als an langfristigen Entwicklungsperspektiven im Sinne der Bevölkerung interessiert und auch die internationale Gemeinschaft ist nicht aktiv genug, um einen nachhaltigen Impuls zu setzen (Kaiser/Wolters 2013). Dabei müsste dieser Befund wohl noch pessimistischer ausfallen, würden in der Analyse nicht alle längeren historischen Bezüge ausgeblendet – zugunsten einer immerhin genauen Diskussion der post-kolonialen und speziell der aktuellen Eliten-Arrangements.

Schlussfolgerungen

Wie verschiedene theoretische und empirische Zugänge zeigen, sind rohstoffreiche Länder anfälliger für interne wie auch für externe Konflikte als andere. Sowohl die lokalen Anreize wie auch die Einbettung in globale Zusammenhänge tragen dazu bei, institutionelle Arrangements untermauern die Strukturen weiter. Zugleich ist dies notwendig mit Konflikten um alternative Nutzungen der Ressourcen verbunden und unter bestimmten, im Fall von Rohstoffen durchaus regelmäßigen Umständen ist Gewalt ein naheliegendes Mittel der Konfliktaustragung. Durch die fortschreitende Verfestigung von extraktiven institutionellen Arrangements mit (stark) beschränktem Zugang, wie sie für die Organisation der Produktion von Rohstoffen vor allem unter peripheren Bedingungen wahrscheinlich sind, kann die Ausrichtung einer Wirtschaft an deren Bereitstellung daher langfristige Ausbeutungszyklen begründen und aufrechterhalten.

Der Ausbruch aus dieser Spirale ist offensichtlich schwierig. Naheliegender sind die weitere Erstarrung der internen Strukturen und eine stärkere Inkorporation der Wirtschaft in externe Zusammenhänge. Am Beispiel Kongo kann dies sowohl für die nachhaltige Erosion der traditionellen politischen Kontrollmechanismen in Richtung zunehmend autokratischer Herrschaft wie auch für seinen historischen Wandel von der Außenarena zum „extraktiven Rand“ des Weltsystems und schließlich zur Peripherie im Weltsystem gezeigt werden. Die Produkte, die die Region dabei ins globale Handelsnetzwerk einspeiste, waren nicht zufällig zugleich weit überwiegend Rohstoffe wie auch für die Weltwirtschaft wichtige Güter. Die Ressourcen des Kongo halfen der amerikanischen Plantagenökonomie, der europäischen Industrialisierung und der modernen Kriegsführung und sie helfen schließlich der aktuellen Produktion von Hochtechnologie. Die Weltsystemperspektive zeigt dabei auf, wie sehr externe Akteure auf ein institutionelles Gefüge auch dann Einfluss nehmen, wenn der Kanal dafür „nur“ eine abstrakte Nachfrage des Weltmarktes ist. Im Falle des Kongo hat dies mehrfach zu gro-

ßen Opferzahlen geführt und erzeugt eine von großer persönlicher und kollektiver Unsicherheit geprägte Gesellschaft.

Ein möglicher Schlüssel zum Umgang mit dem Gewaltproblem, wenn auch sicher keine Patentlösung, liegt in glaubwürdigen institutionellen Arrangements. Es genügt allerdings keinesfalls, ein anderswo funktionierendes Modell einfach zu „transplantieren“, weil es lokal auf starke Beharrungstendenzen etablierter Strukturen treffen würde und sich an der Position im Weltsystem dadurch nichts ändert. Vielmehr müssen für die konkrete Akteurskonstellation passende Wege der Konflikttransformation gefunden werden, idealerweise lokal entwickelt, die dem Ziel der Stabilisierung eines eigenständigen Entwicklungsweges verpflichtet sind. Dies wird in der Regel beinhalten, schrittweise vorzugehen und auch Akteure in Lösungen einzubeziehen, die schlicht aufgrund ihrer Machtposition nicht übergangen werden können. Breitestmögliche Inklusion aller Betroffenen muss zwar das Ziel sein, beginnen muss die Inklusion aber auf der Ebene der Eliten mit Gewaltpotenzial, damit das Gleichgewicht des Schreckens durchbrochen und die Glaubwürdigkeit der Arrangements so weit wie möglich gesichert werden kann. Rückschläge sind dabei fast unvermeidlich und jede Entwicklung ist sehr anfällig für Störungen, seien es Rohstofffunde, die einer Partei in die Hände spielen, oder bewaffnete Interventionen von außen. Aber gerade auf dem Feld der langfristigen Entwicklung ganzer Volkswirtschaften führen die einfachen Wege ohnehin nicht ins Ziel.

Das hier außerdem vorgestellte Analyseinstrument der an zyklisch-ideologische Zeit-Räume angelehnten Ausbeutungszyklen mit besonderem Fokus auf die institutionelle Stabilität ist dabei eine lohnende Option auch für die Anwendung auf andere Länder. Es liegt schließlich nahe, auch nach der Erschöpfung einer Ressource die Wirtschaft und den Staat mit den etablierten Institutionen weiterzuführen und lediglich neue Finanzierungsquellen zu suchen. Weitere, insbesondere vergleichende Forschung in diese Richtung wäre daher sehr zu begrüßen. Dies gilt umso mehr, da mit den Mitteln der Institutionenökonomie möglicherweise mittelfristig gangbare Wege aus dem Dilemma des „Ressourcenfluchs“ aufgezeigt werden können. Dass aus der Weltsystemperspektive zugleich Skepsis angebracht ist, ob zumindest für eine Peripherie das Überwinden der einseitigen Einbindung überhaupt möglich ist, sollte nicht entmutigen, sondern vielmehr dazu einladen, die institutionenökonomische Theorie durch explizites Einbeziehen der internationalen und globalen Ebene weiterzuentwickeln und die Weltsystemanalyse um explizit institutionelle Perspektiven zu erweitern. Es wäre für beide Forschungsstränge zweifellos ein lohnendes Unterfangen, trotz der unvermeidlichen und großen methodischen Herausforderungen in Dialog zu treten. Die praktische Relevanz von Erfolgen bei der Durchbrechung von ausbeuterischen Strukturen für das Leben von Millionen von Menschen sollte dabei ein weiterer Ansporn sein.

* Der vorliegende Aufsatz wäre ohne die jahrelangen intensiven Recherchearbeiten von Simon Hartmann zur Wirtschaftsgeschichte der Kongo-Region, die im Rahmen seiner Dissertation begonnen haben, nicht möglich gewesen. Mittlerweile sind mehrere gemeinsame Aufsätze und Tagungsbeiträge zum Thema entstanden, die ebenfalls eine Grundlage für die vorliegende Arbeit darstellen.

Literatur

- Acemoglu, Daron/Robinson, James A. (2012): *Why Nations Fail: The Origins of Power, Prosperity, and Poverty*. New York/NY: Crown Business
- Akitoby, Bernardin/Cinyabuguma, Matthias (2004): *Sources of Growth in the Democratic Republic of the Congo: A Cointegration Approach*. International Monetary Fund Working Paper 04/114
- Babones, Salvatore J./Chase-Dunn, Christopher, Hg. (2012): *Routledge Handbook of World-systems Analysis*. Abingdon: Routledge
- Castryk, Geert (2007): *Whose History is History? Singularities and Dualities of the Public Debate on Belgian Colonialism*. In: Lévai, Csaba, Hg.: *Europe and the World in European Historiography*. Pisa: Pisa University Press: 71-89
- Ciccantell, Paul S. (2012): *New historical materialism, extractive economies, and socioeconomic and environmental change*. In: Babones, Salvatore J./Chase-Dunn, Christopher, Hg.: *Routledge Handbook of World-systems Analysis*. Abingdon: Routledge: 383-391
- Collier, Paul/Hoeffler, Anke (1998): *On economic causes of civil war*. In: *Oxford Economic Papers* 50/4: 563-573
- Corden, W. Max/Neary, J. Peter (1982): *Booming Sector and De-industrialisation in a Small Open Economy*. In: *The Economic Journal* 92/368: 825-848
- Dunning, Thad (2005): *Resource Dependence, Economic Performance, and Political Stability*. In: *Journal of Conflict Resolution* 49/4: 451-482
- Emerson, Barbara (1979): *Leopold II of the Belgians – King of Colonialism*, London: Weidenfeld and Nicolson
- Exenberger, Andreas (2014): *Conflict and Institutions*. In: *Political Science Applied, Special Issue I*: 4-7
- Exenberger, Andreas/Hartmann, Simon (2013): *Extractive Institutions in the Congo: Checks and Balances in the Longue Durée*. In: Frankema, Ewout/Buelens, Frans, Hg.: *Colonial Exploitation and Economic Development: The Belgian Congo and the Netherlands Indies Compared*. London: Routledge: 18-40
- Gellert, Paul K. (2012): *Extraction and the world-system*. In: Babones, Salvatore J./Chase-Dunn, Christopher, Hg.: *Routledge Handbook of World-systems Analysis*. Abingdon: Routledge: 404-405
- Gewald, Jan-Bart (2006): *More Than Red Rubber and Figures Alone: a Critical Appraisal of the Memory of the Congo Exhibition at the Royal Museum for Central Africa, Tervuren, Belgium*. In: *The International Journal of African Historical Studies* 39/3: 471-486
- Hilton, Anne (1987): *The Kingdom of Kongo*. Oxford: Clarendon Press
- Inikori, Joseph E./Engerman, Stanley L. (1998): *Gainers and Losers in the Atlantic Slave Trade*. In: Inikori, Joseph E./Engerman, Stanley L., Hg.: *The Atlantic Slave Trade – Effects on Economies, Societies, and Peoples in Africa, the Americas, and Europe*. Durham/NC: Duke University Press: 1-21
- Kaiser, Kai/Wolters, Stephanie (2013): *Fragile States, Elites and Rents in the Democratic Republic of Congo (DRC)*. In: North, Douglass C./Wallis, John J./Webb, Steven B./Weingast, Barry R., Hg.: *In the Shadow of Violence. Politics, Economics and the Problems of Development*. Cambridge/UK: Cambridge University Press: 70-111
- Klein, Herbert S. (1999): *The Atlantic Slave Trade*. Cambridge/UK: Cambridge University Press
- Lemarchand, René (2003): *The Democratic Republic of Congo: From Failure to Potential Reconstruction*. In: Rotberg, Robert I., Hg.: *State Failure and State Weakness in a Time of Terror*. Washington/DC: Brookings Institution Press: 29-70
- Martens, Renzo (2008): *Episode III: Enjoy Poverty*. *Niederländischer Film (90 Minuten)*. <http://www.enjoypoverty.com>, 15.12.2015

- Miller, Joseph C. (1986): Slave Prices in the Portuguese Southern Atlantic, 1600–1830. In: Lovejoy, Paul E., Hg.: *Africans in Bondage. Studies in Slavery and the Slave Trade*. Madison: University of Wisconsin Press: 43-77
- Miller, Joseph C. (1988): *Way of Death. Merchant Capitalism and the Angolan Slave Trade 1730–1830*. Madison: University of Wisconsin Press
- Nelson, Samuel H. (1994): *Colonialism in the Congo Basin, 1880–1940*. Athens/OH: Ohio University Center for International Studies
- Nest, Michael (2011): *Coltan*. Cambridge/UK: Polity Press
- North, Douglass C./Wallis, John J./Webb, Steven B./Weingast, Barry R. (2013): *In the Shadow of Violence. Politics, Economics and the Problems of Development*. Cambridge/UK: Cambridge University Press
- North, Douglass C./Wallis, John J./Weingast, Barry R. (2009): *Violence and Social Orders: A Conceptual Framework for Interpreting Recorded Human History*. Cambridge/UK: Cambridge University Press
- Olsson, Ola (2006): Diamonds are a Rebel's Best Friend. In: *The World Economy* 29/8: 1133-1150
- Perez, Wilson (2004): Divide and Conquer: Noisy Communication in Networks, Power, and Wealth Distribution. *Fondazione Eni Enrico Mattei Nota di Lavoro* 33
- Rempel, Ruth (1998): Trade and Transformation: Participation in the Ivory Trade in Late 19th-Century East and Central Africa. In: *Canadian Journal of Development Studies* 19/3: 529-552
- Sachs, Jeffrey D./Warner, Andrew M. (1995): Natural resource abundance and economic growth. NBER Working Paper 5398
- Samset, Ingrid (2002): Conflict of Interests or Interests in Conflict? Diamonds & War in the DRC. In: *Review of African Political Economy* 29/93-94: 463-480
- Shayt, David H. (1992): The Material Culture of Ivory outside Africa. In: Ross, Doran H., Hg.: *Elephant – The Animal and its Ivory in African Culture*. Los Angeles: Fowler Museum of Cultural History: 397-413
- Slade, Ruth (1962): *King Leopold's Congo: Aspects of the Development of Race Relations in the Congo Independent State*. London: Oxford University Press
- Taylor, Ian (2003): Conflict in Central Africa: Clandestine Networks and Regional/Global Configurations. In: *Review of African Political Economy* 30/95: 45-55
- UN (2001): Report of the Panel of Experts on the Illegal Exploitation of Natural Resources and other Forms of Wealth of the Democratic Republic of the Congo. Document No. S/2001/357. <http://www.globalsecurity.org/military/library/report/2001/357e.pdf>, 21.10.2015
- UN (2002): Final Report of the Panel of Experts on the Illegal Exploitation of Natural Resources and other Forms of Wealth of the Democratic Republic of the Congo. Document No. S/2002/1146. <http://www.natural-resources.org/minerals/law/docs/pdf/N0262179.pdf>, 21.10.2015
- van Reybrouck, David (2012): *Kongo: Eine Geschichte*. Berlin: Suhrkamp
- Wallerstein, Immanuel M. (1986): *Das moderne Weltsystem: Kapitalistische Landwirtschaft und die Entstehung der europäischen Weltwirtschaft im 16. Jahrhundert*. Wien: Promedia
- Wallerstein, Immanuel M. (1995): *Die Sozialwissenschaft „kaputtdenken“: Die Grenzen der Paradigmen des 19. Jahrhunderts*. Weinheim: Beltz Athenäum
- Wallerstein, Immanuel M. (2006): *World-systems Analysis: An Introduction*. Durham/NC: Duke University Press
- Young, Crawford (1994): *The African Colonial State in Comparative Perspective*. New Haven: Yale University Press

Johannes Knierzinger

Bauxit und Aluminium aus Afrika Ausbeutung auf Umwegen

Die mediale Berichterstattung über Rohstoffe in Afrika kreist um einige wenige Konflikte. Dazu gehören die Kongokriege (von 1996 bis 2009) und ihre Verschränkungen mit der Kommunikationsindustrie über Tantal (Coltan), der Beitrag von „Blutdiamanten“ zum liberianischen Bürgerkrieg (von 1989 bis 2003) oder die Langzeitkrise im nigerianischen Nigerdelta, die der Ölförderung geschuldet ist (seit 1967). Die Mehrheit der AfrikanerInnen lebt jedoch – zum Glück – nicht im Krieg und auch die überwiegende Mehrheit von Afrikas Rohstoffen wird unter Bedingungen abgebaut, die sich nur bedingt für Abenteuerfilme eignen. Neben Diamanten, Gold, Platin und Coltan produzieren Afrikas Kumpels auch bedeutende Mengen an Kupfer, Eisenerz und Bauxit/Aluminium – weniger schillernde, sogenannte unedle Metalle, die in größeren Mengen und unter weniger konfliktgeladenen Bedingungen abgebaut werden, vor allem weil der Abbau ohne hohen Kapitaleinsatz nicht rentabel ist. Aber auch anhand dieser Metalle lassen sich grundlegende globale Zusammenhänge veranschaulichen.

Im folgenden Beitrag werde ich zunächst die globale Güterkette von Aluminium, ihre geschichtliche Entwicklung und ihre Einflüsse auf Arbeits- und Lebensbedingungen in Afrika darstellen. Danach werden konkrete Machtverhältnisse am Beispiel des Aluminiumkonzerns Rusal veranschaulicht. In der Conclusio werden gegenwärtige Entwicklungen vorgestellt und die langfristigen Vor- und Nachteile einer Einbeziehung in die globale Güterkette von Aluminium diskutiert.

Die globale Güterkette von Aluminium und ihre Auswirkungen auf Afrika

Heute gibt es weltweit ungefähr 20 bis 30 aktive Bauxitminen sowie 80 Raffinerien, in denen Bauxit zu Tonerde (Al_2O_3) umgewandelt wird, und etwa 200 Aluminiumschmelzen, die Primäraluminium aus Tonerde herstellen (USGS 2013; Committee on foreign affairs 2007:41). Schon an diesen Zahlen lässt sich erahnen, wie Bauxitabbau abläuft: Es handelt sich um sehr große Bagger, die diesen ockerfarbenen Sand in sehr große LKWs, Züge und Schiffe verladen. Arbeitskräfte werden dazu vergleichsweise wenige benötigt.

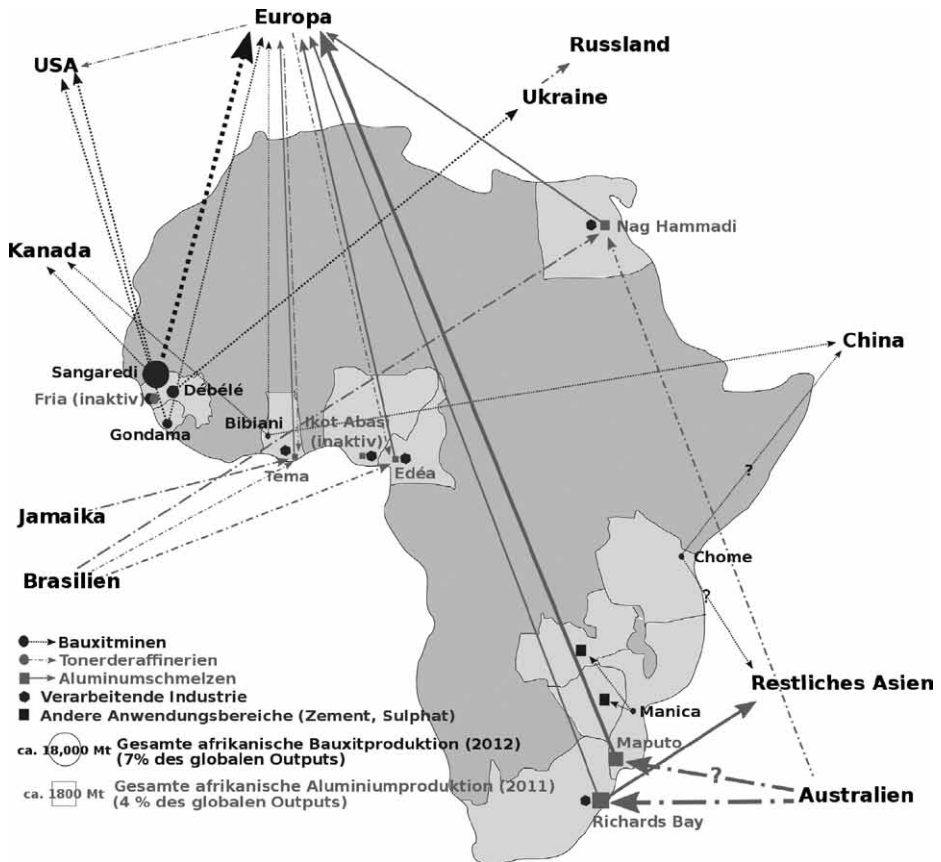
Aus dem braunen Sand wird in den Raffinerien weißer Sand (Tonerde) und dieser wird mittels energieaufwendiger Elektrolyse in Aluminium umgewandelt.

Das Recycling von Aluminium ist höchst rentabel und führt dazu, dass der größte Teil des Aluminiumerzes, das in Guinea, Brasilien, China oder Australien ausgegraben wurde, in Verwendung bleibt. Die jährliche Aluminiumproduktion fügt dem im Gebrauch befindlichen Aluminium nur 5 % hinzu (Track Record 2010:47). Etwa 15 % dieses gegenwärtigen Aluminiumbestands stammen aus Afrika (USGS 2013). Das sind etwa 2.250 der 15.000 weltweit existierenden Flugzeuge (die zu etwa 70 % aus Aluminium bestehen), 150 Mio. von etwa einer Milliarde Autos (mit stark steigendem Aluminium-Anteil) und Millionen von Häusern und anderen Gebäuden. Während Unternehmen dieser beiden Produktgruppen – Transport/Verkehr und Bauindustrie – weiterhin mit der „Nachhaltigkeit“ von Aluminium werben, erscheint es für den Verpackungssektor, den dritten wichtigen Sektor, erwiesen, dass die Verwendung von Aluminium nicht nachhaltig ist. Sie könnte generell stark reduziert und auch leicht durch andere Materialien ersetzt werden, die einen kleineren ökologischen Fußabdruck haben und unter höheren sozialen Standards produziert werden (Brinkmann 2004; Döschner 2014; zu den gesundheitlichen Konsequenzen von Aluminium siehe Bundesministerium für Gesundheit 2014). Im Gegensatz zur Transport- und Bauindustrie, die es in einigen Bereichen tatsächlich schafft, eine fast geschlossene Kreislaufwirtschaft zu erzeugen, landen Dosen, Aluminiumfolien und -behälter überwiegend und bisher unwiederbringlich im Müll. Der extreme Energieaufwand für die Primäraluminiumerzeugung – er entspricht ungefähr dem Verbrauch von etwa 35 Mio. US-BürgerInnen (Riverton 2014) oder jenem der gesamten Bevölkerung Afrikas südlich der Sahara (UN 2015) – verpufft im Verpackungssektor mit dem Konsumakt. Das Leeren einer Cola-Dose verbraucht aus dieser Sicht mehr Energie als das Anschauen des Films „Blood Diamond“ auf einem 21-Zoll-Farbbildschirm – ohne die Produktions- und Transportkosten der Limonade oder die Gage Leonardo di Caprios einzurechnen (Riverton 2014). Dieser Energieverbrauch ist meist nur durch enorme Subventionen aufrechtzuerhalten. Medienberichten zufolge werden in Deutschland die verbleibenden etwa 2.000 Arbeitsplätze in der Aluminiumindustrie mit mehr als 400.000 Euro pro ArbeiterIn pro Jahr subventioniert (Döschner 2014). In Afrika wird die notwendige Energie überwiegend mithilfe großer Wasserkraftwerke (z.B. in Ägypten und in Ghana) und mit Kohlekraftwerken (in Südafrika und Mozambique) erzeugt.

Abgesehen von dieser zentralen Frage der ökologischen Nachhaltigkeit der Aluminiumproduktion lässt sich das globale Produktionsnetzwerk von Aluminium durch eine Reihe weiterer Superlative beschreiben: Die globale Aluminiumindustrie ist so vermachtet wie wenige andere Sektoren, ist stark untereinander und mit staatlichen Institutionen in Nord und Süd verschränkt, zum Beispiel in Form von Joint Ventures, und ist in hohem Maße vertikal integriert. Letzteres bedeutet, dass ein einzelner Konzern wie etwa Rio Tinto (einer der größten Bergbaukonzerne der Welt mit Unternehmenssitzen in Melbourne und London) die gesamte Produktionskette von den Baggern in Guinea bis zur Fertigung der Aluminiumdosen kontrolliert. Neben dem Rohstoffriesen Rio Tinto gibt es heute noch drei weitere „globale Spieler“ im Aluminiumsektor – die US-amerikanische Alcoa, den russischen Konzern Rusal und die staatliche chinesische Industrie. Gemeinsam sind diese vier Entitäten für über drei Viertel der globalen Produktion verantwortlich. Die globale Aluminiumindustrie ist damit derzeit so konzentriert wie nie zuvor.

Das ökonomische und politische Gewicht dieser Konzernriesen hat vor allem in Afrika schwerwiegende soziale und demokratiepolitische Konsequenzen. Die Produktionsstandorte sind meist wirtschaftliche Enklaven, die nur wenig mit den umliegenden Gebieten verbunden sind. Abgesehen von zwei kleinen Minen, die nur für Bruchteile von Prozenten der afrikanischen Produktion verantwortlich sind, wird der gesamte afrikanische Bauxit exportiert (zu großen Teilen nach Irland und Spanien), nur um in Form von Tonerde als Ausgangsmaterial für die sehr energieintensive Produktion von Aluminium wieder importiert zu werden. Dieses Aluminium geht dann wieder fast ausschließlich ins Ausland (abermals vor allem nach Europa) und kommt dann in Form von fertigen Produkten wie Dosen, Kabeln oder Fenstern wieder zurück. Sowohl die Profite als auch die Kontrolle verbleiben auf diese Weise überwiegend im Globalen Norden. Weiterverarbeitung in Afrika ist bis heute ein Randphänomen und die Industrialisierung blieb bis auf wenige Ausnahmen ein uneingelöstes Versprechen (siehe Abbildung 1).

Abbildung 1: Bauxit- und Aluminiumproduktion in Afrika



Quelle: OEC 2015; USGS 2013 (Import und Export von 1995 bis 2012)

Die starke Abhängigkeit von Europa steht in deutlichem Gegensatz zu den globalen Eigentumsverhältnissen in der Aluminiumindustrie, bei denen europäische InvestorInnen keine große Rolle mehr spielen. Aufgrund der langfristigen Investitionszyklen findet die Weiterverarbeitung aber auch Jahrzehnte nach dem Ende der bedeutenden europäischen Aluminiumkonzerne Pechiney (Frankreich), Alusuisse (Schweiz) und VAW (Deutschland) noch überwiegend in Europa statt und auch ein großer Teil der EndverbraucherInnen findet sich noch immer hier. Dieses klassisch koloniale Verhältnis von Rohstoffexport und dem Reimport von Konsumgütern, Zwischengütern und Maschinen bestätigte sich erst vor Kurzem ein weiteres Mal in Mozambique, das seit einigen Jahren größere Mengen an Aluminium überwiegend nach Europa exportiert und zugleich fast alle Weiterverarbeitungsprodukte wie z.B. Pfannen, Dosen oder Kabel importieren muss.

China, der global mittlerweile bei Weitem wichtigste Akteur im Aluminiumbusiness, spielt in Afrika bis jetzt eine vergleichbar geringe Rolle. Bis auf eine kleine Mine in Ghana beschränkt sich Chinas Rolle bisher auf die Exploration und den Kauf von Bauxit. Und auch im Falle der ghanaischen Mine handelt es sich um einen problematischen Fall, den westliche Akteure bereitwillig abgegeben haben – ganz ähnlich wie im Falle Frias in Guinea, das einige Jahre vor seiner (vorläufigen) Schließung von dem russischen Privatkonzern Rusal übernommen wurde (siehe unten). Nachdem es Rio Tinto in Ghana nicht gelungen war, den Abtransport des Bauxits mithilfe der veralteten Eisenbahn sicherzustellen, wurde die Mine an einen chinesischen Investor verkauft, der das Erz nun mit LWKs über eine Strecke von etwa 150 km abtransportieren lässt (Oved 2015).

Zu den VerliererInnen zählt in fast allen kapitalintensiven Rohstoffunternehmungen die ländliche Bevölkerung. Bei der Aluminiumproduktion kam und kommt es zu großräumigen Umsiedlungsprojekten für Minen und Staudämme. Die an die Minen und Fabriken angrenzenden Siedlungen leiden unter hoher Staubbelastung, Wassermangel aufgrund von Sprengungen und unter Verschmutzungen durch Rotschlamm und Fluorid. Zudem müssen die BewohnerInnen oft große Umwege um die Minen in Kauf nehmen, um in nahe gelegene Städte zu gelangen. Bei Preisverfällen weitet sich dieser Kreis der Betroffenen auf ganze Städte (z.B. Fria und Ikot Abasi) und ganze Staaten (im Falle von Guinea und Mozambique) aus.

Die Gründe für diese Entwicklung sind vielfältig. Einerseits gibt es trotz langjähriger Anstrengungen noch immer zu wenig lokal und national verfügbares Wissen, das die Konstruktion und Koordination so großer industrieller Projekte zulassen würde. Wissen aus Übersee muss entweder teuer gekauft (über Verschuldung bei und damit Kontrolle durch externe AkteurInnen) oder in Form von Kooperationsprojekten eingeworben werden. In beiden Fällen haben diese externen Akteure Interessen, die nicht mit jenen der politischen Eliten und – in größerem Ausmaß – mit jenen der Bevölkerung übereinstimmen. So wurde etwa gerade erst mit dem neuerlichen Rohstoffboom von 2004–2008 die prekäre Rohstoffsituation Europas offenbar, die sowohl zur verstärkten Instrumentalisierung der Entwicklungszusammenarbeit als auch zu Kontroversen über die militärische „Sicherung der Rohstoffwege“ führte (siehe den Rücktritt von Bundespräsident Köhler oder die Europäische Rohstoffstrategie: Spiegel Online 2010; Küblböck 2014; Karin Küblböck in diesem Band). Weiterverarbeitungsprojekte mit Aluminiumkonzernen scheiterten in vielen Fällen an den Risikominimierungsstrategien der Konzerne, die dazu dienen, Steuern und die Gefahr von Nationalisierungen zu verringern. Eine zen-

trale Risikominimierungsstrategie ist das Verhindern von national konzentrierten Produktionskapazitäten und damit genau das, was etwa die Regierungen Ghanas und Guineas seit über 50 Jahren anstreben. In Guinea haben bisher alle Aluminiumkonzerne bei Projektbeginn die integrierte Produktion von Aluminium aus Bauxit angekündigt, aber bisher hat dies noch kein Konzern umgesetzt.

Geschichte der Aluminiumproduktion in Afrika

Neben Guinea, das von 1955 bis 1980 etwa 80 % und seither kontinuierlich mehr als 90 % des afrikanischen Bauxits produziert, gibt es auch in Ghana und Sierra Leone einen nennenswerten Bauxitabbau. Die Minen in Sierra Leone und Ghana produzierten 2012 jeweils etwa 750 Mio. Tonnen (Mt). Guinea produzierte 16.000 Mt und damit etwa 6 % des weltweiten Bauxits. Zwei weitere afrikanische Minen in Mozambique und Tansania haben im Gegensatz dazu einen verschwindend geringen Output (8 und 58 Mt) und produzieren zum Teil auch für andere Industriesektoren. Der Bauxit Mozambiques wird nach Zimbabwe und Sambia exportiert und dort zur Herstellung von Zement und Sulfat verwendet (USGS 2013; siehe Tabelle 1).

In Guinea und Ghana war integrierte Produktion (Aluminium aus landeseigenem Bauxit) von Anfang an das Hauptziel und schien Ende der 1950er Jahre in Griffweite. Guinea verfügt über die weltweit größten Bauxitreserven und trägt den Beinamen „Wasserschloss Afrikas“ aufgrund seiner vielen Flüsse (Haefliger 2012), mit denen die nötige Energie für Aluminiumschmelzen erzeugt werden könnte. In Ghana wurde in den 1960er Jahren der bis heute flächenmäßig größte Staudamm der Erde gebaut, um eine Aluminiumschmelze zu betreiben (Hathaway 2007). In beiden Fällen wird der Bauxit jedoch exportiert. In Ghana geschieht das seit den 1940er Jahren; eine in den 1960er Jahren gebaute Aluminiumschmelze ist auf importierte Tonerde, zuletzt vor allem aus Jamaika und Brasilien, angewiesen. Guinea produzierte bis 2012 Tonerde und exportiert heute seinen gesamten Bauxit. Der wahrscheinlich wichtigste Grund dafür sind Risikominimierungsstrategien des weltweiten Aluminiumoligopols. Die Regierungen Ghanas und Guineas waren Vorreiterinnen der afrikanischen Unabhängigkeitsbewegung, waren dezidiert sozialistisch ausgerichtet und setzten auf regionale Integration.

Sékou Touré, Guineas erster Präsident (von 1958–1984), erzwang Guineas frühe Unabhängigkeit vor allem deshalb, weil die französische Regierung unter General de Gaulle nicht bereit war, die zuvor existierenden größeren politischen Einheiten, Französisch-Westafrika und Französisch-Äquatorialafrika, im Rahmen einer Semi-Unabhängigkeit der afrikanischen Kolonien (der sogenannten *Communauté française*) beizubehalten (Rühl 1959). Der folgende Bruch mit Frankreich führte auch zum Ende eines großen Staudammprojekts am guineischen Konkouré, das die integrierte Aluminiumproduktion zum Ziel hatte. Kwame Nkrumah, der erste Präsident Ghanas (1957–1966), investierte erhebliche Summen in die regionale Integration. 1958 formten Ghana und Guinea die *Union of Independent African States*, der 1960 auch Mali beitrug.

Die starke afrikanische Einheitsbewegung dieser Zeit hatte vor allem politökonomische Ziele: Die in die Unabhängigkeit entlassenen Territorien waren von Anfang an einer entgrenzten Wirtschaft ausgesetzt, derer man innerhalb größerer Föderationen besser

Tabelle 1: Bauxitproduktion in Afrika 1950–2010

Anteil an afrikanischer Produktion in [...]	1950	1955	1960	1965	1970	1975	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2010
Guinea	7%	80%	86%	78%	76%	89%	92%	90%	90%	96%	97%	96%	91%
Ghana	91%	19%	14%	13%	10%	3%	2%	1%	2%	4%	3%	3%	3%
Sierra Leone	0%	0%	0%	9%	13%	8%	6%	9%	8%	0%	0%	0%	6%
Mosambik und Tansania	2%	0%	0%	0%	0%	0%	0%	0%	0%	0%	0%	0%	0%
Anteil Afrikas an der Weltproduktion	2%	4%	6%	6%	6%	13%	14%	16%	16%	15%	12%	10%	8%
Weltproduktion in Mt	6.110	17.521	27.033	36.847	56.873	73.608	89.216	84.168	112.908	112.229	104.000	133.478	191.428

Quelle: USGS 2013.

Tabelle 2: Aluminiumproduktion in Afrika 1950–2010 in Mt

	1950	1955	1960	1965	1970	1975	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2010
Kamerun	0	0	48	56	58	57	43	90	93	79	86	90	76
Ghana	0	0	0	0	125	158	188	49	174	135	137	13	0
Südafrika	0	0	0	0	0	84	87	165	159	195	673	846	807
Ägypten	0	0	0	0	0	2	120	209	179	180	193	244	266
Mosambik	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	53,8	555	557
Nigeria	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	21
Weltweite Produktion	1.640	3.460	4.950	6.951	10.641	13.387	15.383	15.367	19.299	19.700	24.300	31.900	41.200

Quelle: United States Geological Survey 2013.

hätte beikommen können. Die erste und bisher einzige integrierte Aluminiumproduktion auf afrikanischem Boden bestand bereits vor Guineas Unabhängigkeit in der Form von Tonerdeproduktion in Fria (Guinea) für eine Aluminiumschmelze in Edéa (Kamerun), die wiederum eine Reihe von Weiterverarbeitungsbetrieben belieferte. Diese bedienten schlussendlich mit Produkten wie Kochtöpfen und Aluminiumdächern den afrikanischen Markt, unter anderem in Kamerun, der Zentralafrikanischen Republik, der Elfenbeinküste und den beiden Kongos (Pechiney Uguine Kuhlmann 1972:2; Senghaas-Knobloch 1975:286). Mit der Schließung der Fabrik in Fria im April 2012 ist auch diese Ausnahme innerafrikanischer industrieller Verflechtungen Geschichte und Tourés Projekt des Aufbaus einer integrierten afrikanischen Leichtindustrie scheint endgültig gescheitert. Tourés Pendant in Ghana, Kwame Nkrumah, hatte noch viel weitreichendere Pläne. Der Akosombo-Staudamm sollte neben der integrierten Aluminiumproduktion nicht nur zur landesweiten Elektrifizierung, sondern auch zu einer Fischereindustrie und zur großflächigen Bewässerung von Reisfeldern dienen und damit Industrie und Landwirtschaft miteinander in Verbindung setzen. Auf Druck des amerikanischen Konzerns Kaiser und der Weltbank (und damit westlicher Regierungen) wurde nichts davon umgesetzt (Lanning/Mueller 1979:429-435; Wiederstein 1994:37). Als Nkrumah kurz nach der Eröffnung des Damms mit CIA-Unterstützung gestürzt wurde, während er sich auf einem Auslandsaufenthalt in China befand, dachte er vielleicht an seine eigenen Worte in seinem Buch *Neo-colonialism: The last stage of imperialism*, das ein Jahr vor diesen Ereignissen erschienen war: „Die Essenz des Neokolonialismus ist der Umstand, dass der Staat [...] theoretisch unabhängig ist und über alle äußerlichen Symbole internationaler Souveränität verfügt. In Wirklichkeit aber wird sein ökonomisches System und damit seine Politik von außen gesteuert.“ (Nkrumah 1965:IX; Übersetzung JK)

Nkrumah wurde in der Folge zum Vizepräsidenten Guineas ernannt und verbrachte dort den Rest seines Lebens. In beiden Staaten gab es seit dieser Zeit kontinuierlich Ankündigungen, diese Steuerung „von außen“ durch die Weiterverarbeitung von Rohstoffen zu verringern (vgl. Nkrumah 1963:112); zu ernst zu nehmenden Versuchen kam es aber erst wieder mit dem Rohstoffboom der 2000er Jahre.

Die Bauxitmine in Sierra Leone produzierte von Mitte der 1960er bis in die 1990er Jahre und wurde aufgrund des Bürgerkriegs erst vor einigen Jahren wieder in Betrieb genommen. Bis zum Bürgerkrieg war Alusuisse der ausschließliche Inhaber von Bauxitabbauerechten in Sierra Leone. Der Konzern war von 1969–1972 auch für den Bau der ersten Aluminiumschmelze Südafrikas (Bayside) verantwortlich, besaß einen 10-Prozent-Anteil an Guineas Tonerderaffinerie und scheint großen Einfluss auf die Regierungsgeschäfte des bankrotten Staates ausgeübt zu haben (van der Walt 2009; Bauer/Maissen 1989:109-139). Erst 2006 wurde die Produktion in Sierra Leone wieder aufgenommen. Alusuisse war zu dieser Zeit bereits an den kanadischen Konzern Alcan verkauft worden, der kurz darauf Rio Tinto angeschlossen wurde. Zwei Jahre später verkaufte Rio Tinto seine Anteile an Vimetco. Medienberichten zufolge handelt es sich dabei um ein niederländisches Unternehmen mit Sitz in der Schweiz, das den afrikanischen Bauxit in Rumänien raffinieren lässt und auch über Anlagen in China verfügt. Von 2003 bis 2008 war der CEO von Vimetco ein Deutscher (Hanke 2008).

Vor allem in der Gründerzeit der Aluminiumindustrie in Afrika, von den 1950er bis in die 1970er Jahre, waren die Konzerne stark miteinander verflochten. Zu dieser Zeit

dominierten sechs Unternehmen, die sogenannten „Six Sisters“ (nach dem Vorbild der Seven Sisters im Ölbusiness), einen Großteil der weltweiten Produktion. Diese Konzerne stammten aus den USA, Kanada, Frankreich und der Schweiz und standen zu dieser Zeit einem „Aufstand“ des Globalen Südens gegenüber, der mit der Unabhängigkeitswelle nach dem Zweiten Weltkrieg begann und bis zu den Ölkrisen der 1970er Jahre dauerte. Ähnlich wie in den 2000er Jahren sprachen Analysten dieser Zeit von einem neuerlichen *Scramble for Africa*, nach dem Vorbild der Aufteilung des Kontinents durch europäische Mächte Ende des 19. Jahrhunderts (Nyerere 1975; Southall/Melber 2009). Dieses „Gerangel“ bot viel Handlungsspielraum für die neuen politischen Eliten und führte unter anderem zu Verstaatlichungen: Ab den 1970er Jahren hielten staatliche Akteure Anteile in allen Minen Guineas und Ghanas und an den Schmelzen Kameruns und Südafrikas. Die Aluminiumschmelze in Nag Hammadi in Ägypten wurde 1975 fertiggestellt und befindet sich bis heute vollständig in Staatsbesitz (siehe Tabelle 2).

Die involvierten Konzerne minimierten ihre Risiken auch durch Joint Ventures in neuen Minenprojekten. In den frühen 1980er Jahren waren in Guinea fünf der „sechs Schwestern“ tätig, die sich zwei Drittel des weltweiten Aluminiumgeschäfts untereinander aufteilten. Vier davon hatten Anteile an der bis heute größten afrikanischen Mine in Sangaredi. Bedenkt man, dass diese Konzerne noch dazu stark von ihren Herkunftsstaaten unterstützt wurden, so wird klar, dass es sich hier um eine Art von Wirtschaft handelte, die nur wenig mit Marktmechanismen zu tun hatte. Bis in die 1960er Jahre war Aluminium primär für Kriegszwecke, v.a. für Militärflugzeuge, verwendet worden. Überkapazitäten nach dem Koreakrieg führten dann zur Schaffung von Märkten in der Verpackungsindustrie. Auch die Aluminiumdose begann in dieser Zeit ihren unrühmlichen Aufstieg (Wiederstein 1994:26).

Die beiden europäischen „Schwestern“ Pechiney und Alusuisse spielten bis in die 1990er Jahre in Afrika eine wichtige Rolle und wurden dann vom Ressourcenriesen Rio Tinto geschluckt (mit Zwischenstation im Magen der kanadischen Alcan, die ebenfalls im Walfischbauch Rio Tintos endete). Pechiney war federführend an der Konstruktion der beiden Industriestädte Fria und Edéa (Kamerun) beteiligt, während Alusuisse in Sierra Leone dominierte und Anteile in Südafrika und Guinea hielt. Die wesentlichen Anteile in Guinea und Ghana besaßen jedoch von Anfang an nordamerikanische Konzerne, die von den beiden revolutionären Führern Touré und Nkrumah bevorzugt wurden, mit dem Ziel, auch wirtschaftlich unabhängig von den Kolonialmächten zu werden. Angesichts der bereits beschriebenen Verflechtung der Aluminiumkonzerne gelang das nur bedingt. Diese Konzerne waren Kaiser, Reynolds (beide in Ghana), Alcan und Alcoa (beide in Guinea tätig). Guinea wurde zusätzlich zum afrikanischen Brückenkopf der Sowjetunion im Kalten Krieg und erhielt in diesem Zuge auch eine russisch kontrollierte Mine in Débélé in der Nähe von Kindia, die bis heute noch existiert und von dem russischen Privatkonzern Rusal verwaltet wird.

Die politökonomische Zäsur der 1970er Jahre wirkte sich auch auf die Aluminiumwirtschaft nachhaltig aus, vor allem aufgrund der Energiepreise, aber auch aufgrund gesättigter Märkte. Sowohl die bis dahin betriebene kontinuierliche Ausweitung der Anwendungsbereiche von Aluminium als auch die ökologische Belastbarkeit der Produktionsstandorte stießen an Grenzen. Der Zusammenbruch der Sowjetunion führte zu zusätzlichen Überkapazitäten und vertiefte somit die Krise. Der folgende Niedergang

der kontinentaleuropäischen Aluminiumindustrie in den 1990er Jahren wurde in Afrika vom Aufbau von Kapazitäten in Südafrika und Mozambique durch die australische BHP Billiton begleitet. In Nigeria startete zur gleichen Zeit ein Versuch der deutschen Ferrostaal (20 %), zusammen mit Reynolds (10 %) und der nigerianischen Regierung unter dem Diktator Sani Abacha (70 %) eine Schmelze auf der Basis des bis dahin im Zuge von Ölbohrungen abgepackelten Erdgases im Nigerdelta zu errichten (Balzli/Herbermann 2000; Abasiattai u.a. 2015). Die Anlage blieb nur einige Monate in Betrieb, von Ende 1998 bis Mai 1999, und wurde dann aufgrund unzureichender Gaslieferungen wieder stillgelegt. 2004 begann ein Privatisierungsprozess, der bis heute nicht abgeschlossen ist. Ab 2007 befand sich die Schmelze im Besitz von Rusal. 2012 wurde die Übernahme von Rusal aufgrund unklarer Vergabebedingungen vom nigerianischen Höchstgericht als illegal erklärt, das Unternehmen scheint aber die Kontrolle bis heute nicht abgegeben zu haben, wenngleich die Produktion schon vor einigen Jahren eingestellt wurde (Basse 2015).

Diese schlechte wirtschaftliche Lage in den 1980er und 1990er Jahren führte zu einer Konsolidierung der alten Aluminiumindustrie. Die beiden größten Rohstoffkonzerne der Welt, BHP Billiton und Rio Tinto, übernahmen nun das Erbe der „sechs Schwestern“ – mit Ausnahme von Alcoa (USA) – und bekamen Gesellschaft durch Rusal, das eine aggressive Expansionspolitik in Afrika betrieb, und durch den Aufstieg der chinesischen Industrie, die sich bis dahin vor allem auf das Reich der Mitte konzentriert hatte. Chinas Aufstieg verlief beeindruckend schnell: von einem Zehntel der weltweiten Bauxitproduktion im Jahr 2000 stieg Chinas Anteil auf ein Viertel im Jahr 2005 und auf fast die Hälfte um 2010 (vgl. USGS 2013). Ähnliche Entwicklungen fanden bei den meisten anderen unedlen Metallen statt (vgl. Lee u.a. 2012:XVIII; Bäuerle u.a. 2011:10), wobei ein Gutteil der daraus resultierenden Industrieprodukte weiterhin in den alten Industrieländern konsumiert wird. Chinas Anteile an der afrikanischen Aluminiumindustrie beschränken sich aber bisher dennoch auf die relativ kleine Bauxitmine in Ghana (2010 von Rio Tinto übernommen), und eine Reihe von Projekten, vor allem in Guinea, die bisher noch zu keiner Produktion geführt haben.

Das Beispiel Rusal

Ganz anders verhielt sich die Sache mit Rusal. Der Privatkonzern entstand im Jahr 2000 aus einer Fusionierung von Sibirsky Aluminium und Sibneft nach den sogenannten Aluminiumkriegen, die über die Nachfolge der sowjetischen Kapazitäten ausgetragen wurden und das Leben Dutzender – manche Quellen sprechen von über Hundert – ManagerInnen, HändlerInnen und JournalistInnen forderten. Die Gewinner dieser Kriege waren der bekannte Oligarch Roman Abramovich und Oleg Deripaska, ein weiterer Vertrauter Putins, der mit einer Enkelin Boris Jelzins verheiratet ist. Deripaska, der gegenwärtig etwa zwei Drittel an Rusal hält, wurde in kurzer Zeit zu einem der reichsten Russen und zum Herrn über ein Firmenimperium, das 2007 auch den verbleibenden russischen Konkurrenten Sual und einen Teil des Schweizer Rohstoffriesen Glencore schluckte (Brüggmann 2007; Investguinée 2012; Khrennikov 2012; Kennedy 2008; Revoine 2012). Die Konsequenzen der weltweiten Finanzkrise 2007/08 bescherten Deripaska angeblich ei-

nen Verlust von über 20 Mrd. USD (US-Dollar) (Le Figaro 2008; Harding/Macalister 2010) und bedrohten damit auch die Existenz Hunderttausender ArbeiterInnen rund um den Globus. Kurz vor der Krise hatte Deripaska Anteile an Norilsk Nickel erworben, einem weiteren großen russischen Rohstoffkonzern, mit dem Ziel, diesen Konzern später vollständig zu übernehmen. Mit der Finanzkrise wurde aber klar, dass die dafür aufgenommenen Kredite nur schwer bedient werden konnten und es entbrannte ein Streit zwischen Deripaska und anderen russischen Investoren über den Verkauf dieser Anteile. Dabei ging es unter anderem um politische Motive von Mikhail Prokhorov, eines Geschäftspartners von Deripaska, dessen Präsidentschaftskandidatur 2012 angeblich von Vladimir Putin unterstützt wurde. Dieser teils politisch motivierte Streit um Aktienanteile führte dazu, dass ein Angebot Norilsk Nickels, die Anteile wieder zurückzukaufen, abgelehnt wurde (Walker 2012; Neue Zürcher Zeitung 2010; Khrennikov 2012; Revoin 2012). In Afrika kam es aufgrund dieser Strategie zur vorläufigen Schließung der Anlagen in Fria und Ikot Abasi. In beiden Fällen übernahm Rusal die Anteile westlicher Firmen kurz vor der Wirtschaftskrise. In Fria geschah das 2003 und in Ikot Abasi 2007. Wenige Jahre später stoppte der Konzern die Produktion an beiden Standorten und stürzte damit die insgesamt etwa 200.000 EinwohnerInnen dieser beiden Städte ins Elend.

Nigerias Alu City zählte 1.800 direkt und 2.500 indirekt Angestellte (Bassey 2015). Fria hatte vor ihrer Schließung etwa 1.200 direkt Angestellte und verfügte zusätzlich über ein kompliziertes Netzwerk von Subunternehmen, das weiteren 4.000–5.000 Personen eine Beschäftigung bot, wobei auf etwa die Hälfte dieser Arbeiter nur gelegentlich zugegriffen wurde. Der Großteil dieser Subunternehmen wurde von Rusal geschaffen und diente der Übernahme zentraler Positionen durch RussInnen und der Verringerung von Löhnen und Anrechten von GuinerInnen. Einerseits entstand so eine parallele Unternehmensstruktur, die die alte guineisch dominierte Hierarchie aushebeln sollte; zugleich wurden früher Festangestellte in den gleichen Positionen über Subunternehmen angestellt, um Kosten zu sparen. Zumindest der Lohn der direkt Angestellten ermöglichte dennoch bis zur Krise Großfamilien mit über 20 Mitgliedern ein vergleichsweise gutes Leben. Diese Familien gaben ihr Geld in weiterer Folge bei Kaufleuten, TaxifahrerInnen, (Privat-)lehrInnen, HandwerkerInnen und BäuerInnen aus der Umgebung aus. Mit dem Ende der Überweisungen der Löhne wurden auf diese Art in gewisser Weise zwei ganze Städte entlassen (Knierzinger 2015:162, 184). Die Entlohnung und die Arbeitsbedingungen der Subunternehmen variierten stark. Einige wenige arbeiteten unter Verhältnissen, die mit jenen der direkt Beschäftigten vergleichbar waren. Der Großteil wurde nur gelegentlich angestellt und erhielt zum Teil weniger als den guineischen Mindestlohn von etwa 50 Euro pro Monat (ebd.:176).

Aufgrund seines entlegenen Standorts und der schwachen Versorgungsleistungen des guineischen Staates hatte in Fria ein westliches Konsortium zudem die gesamte Infrastruktur gebaut und einen Großteil der sozialen Dienstleistungen erbracht. Dieser ‚relativ‘ hohe Lebensstandard, den sich die EinwohnerInnen Frias über mehr als ein halbes Jahrhundert erarbeitet und erkämpft hatten, wurde mit dem Abzug – zuerst der westlichen Konzerne und dann von Rusal 2012 – wieder auf das beständig niedrige Niveau Guineas gesenkt. Der Umstand, dass sogar die Strom- und Wasserversorgung über das Firmengelände koordiniert wurden, führte dazu, dass im Januar 2013 das Licht in der Stadt (bis auf einige wenige Gebäude) abgeschaltet wurde. Das führte unter anderem zu

einer erhöhten Seuchengefahr mitten in der Ebola-Krise, die mit einer radikal gekürzten medizinischen Versorgung noch verstärkt wurde und bis heute nicht gebannt ist (Knierzinger 2015:143-200). Die Einwohner Ikot Abasis verloren im September 2014 ebenfalls ihre Stromversorgung, die sie bis dahin von Rusal erhalten hatten (Bassey 2015).

In beiden Fällen war die Lage seit der Machtübernahme Rusals konfliktgeladen: ArbeiterInnen beschwerten sich über sinkende Löhne und Lebensstandards und sich rapide verschlechternde Arbeitsbedingungen; die jeweiligen Regierungen bezichtigten Rusal unlauterer Finanzpraktiken in Bezug auf die Übernahme und die Steuerpraxis des Konzerns (Ekipimah 2014; siehe auch den Beitrag von Martina Neuwirth in diesem Band). In beiden Fällen war die Situation jedoch bereits unter europäischer Schirmherrschaft konfliktgeladen gewesen. Der französische Konzern Pechiney war bereits in den 1990er Jahren hoch verschuldet und zog sich einige Jahre vor seiner Auflösung aus Guinea zurück. Die Konzernpraktiken Rusals können durchaus als weniger zimperlich beschrieben werden, folgten schlussendlich aber derselben Logik. Die fehlende gewerkschaftliche Tradition in Russland und hierarchischere Konzernstrukturen brachten Fria bis an den Rand einer Hungersnot. Meine eigenen Erhebungen in der Stadt ergaben, dass sich der Reiskonsum mit der Schließung der Fabrik um ein Drittel, von etwa 300 auf 200 g pro Person, verringerte. Aufgrund rechtlicher Unklarheiten wurden die ArbeiterInnen Frias bis heute weder beurlaubt, noch entlassen, erhielten jedoch auch keine Löhne mehr. Die Fabrik bleibt geschlossen und könnte in nächster Zeit als einfache Bauxitmine wiedereröffnet werden. Die guineische Regierung riskierte aufgrund ihrer zögerlichen Position gegenüber Rusal einen Putsch durch die einflussreiche Arbeiterschaft aus Fria, hat dem Konzern aber unter anderem aufgrund von Drohungen seitens der russischen Regierung in den letzten Jahren sogar weitere Abbaurechte zugebilligt (Knierzinger 2015:143-200).

Conclusio

Afrikas Rolle im globalen Produktionsnetzwerk von Aluminium ist ein klassischer Fall kapitalistischer Ausbeutung von Rohstoffen im Globalen Süden. Der „Staat“ und die „Regierung“ in Ländern wie Guinea nehmen in diesen Prozessen eher Vermittlerrollen ein und sind nicht mit den politischen Institutionen des Globalen Nordens vergleichbar, vor allem weil letztere finanziell viel besser ausgestattet sind. In Afrika werden ganze Städte – und im Falle Guineas und Mozambiques in gewissem Sinne ganze Staaten – Teil von privatwirtschaftlich geführten transnationalen Kommandoketten (Knierzinger 2015:31), die von globalen InvestorInnen bis zu SubsistenzbäuerInnen reichen. Der politische Charakter dieser Kommandoketten ergibt sich zum einen über die enormen Einkommensunterschiede, die damit überbrückt werden (von MilliardärInnen zu SubsistenzbäuerInnen) und zum anderen durch die involvierten Interessen rohstoffarmer OECD-Staaten. Anstatt einer gesamtgesellschaftlichen Rationalität, die auf Weiterverarbeitung und Diversifizierung abzielen würde, setzen sich auf diese Weise in den meisten afrikanischen Staaten kurzfristige ökonomische Interessen durch, die zu einer Perpetuierung der Rentenökonomie führen (vgl. Shafer 1986:918f; Agnew 2005:445).

Möglichkeiten, sich aus diesem Dilemma zu befreien, ergaben sich verstärkt während der letzten beiden Rohstoffhaussen in den 1970er und in den 2000er Jahren. Bei-

de Phasen gingen mit globalpolitischen Umbrüchen einher und in beiden Phasen führte die verstärkte Abhängigkeit des Nordens von Auslandsbergbau zu einer Ausweitung des Handlungsspielraums in rohstoffreichen Staaten. In den 1970er Jahren kam es so vor allem zu Rohstoffkartellgründungen nach dem Vorbild der OPEC (z.B. der International Bauxite Association), zu Verstaatlichungen und zu konkreten Industrialisierungs- und Diversifizierungsplänen. In den folgenden Jahrzehnten wurde vieles davon wieder rückgängig gemacht. Der erneute Rohstoffpreisanstieg in den 2000er Jahren – vor allem auf der Basis des wirtschaftlichen Aufstiegs von China – verlief abrupt, wurde aber durch die Subprime-Krise und ihre Folgen ebenso schnell wieder gestoppt. Dieses Möglichkeitsfenster beschränkte sich also auf wenige Jahre und öffnete sich in einer globalhistorischen Phase, die trotz weltweiter Proteste und Streiks mit der Aufbruchsstimmung der Unabhängigkeitsbewegungen der Nachkriegszeit nicht zu vergleichen war. Lange Listen von Weiterverarbeitungs- und Diversifizierungsprojekten auf der Basis von Minen, Raffinerien und Schmelzen verschwanden dadurch schnell wieder in den Schubladen der Büros von Regierungen und Konzernen – und die Chancen auf ein stärkeres Mitspracherecht der Bevölkerung bei afrikanischen Rohstoffprojekten scheinen sich damit ebenfalls wieder verringert zu haben.

Angesichts dieser bescheidenen Erfolge fragt es sich, ob das bisherige Ziel vieler betroffener Regierungen, eine integrierte Produktion von Aluminium aus nahegelegenen Bauxitreserven, weiterhin Sinn macht bzw. jemals Sinn gemacht hat (vgl. Campbell 2009). Eine stärkere Einbeziehung in die Wertschöpfungskette könnte zu Technologie- und Wissenstransfer, zur Entstehung einer eigenständigen wirtschaftlichen Dynamik und schlussendlich auch zur Entstehung einer nennenswerten Arbeiterschaft führen. Auf diese Art würde sich die Zahl der SteuerzahlerInnen und damit die Abhängigkeit der Regierung von der eigenen Bevölkerung erhöhen. Zudem sind (teil-)industrialisierte Wirtschaftsräume in geringerem Maße von Rohstoffpreisschwankungen abhängig und haben größeren Handlungsspielraum gegenüber potenziellen InvestorInnen. Demgegenüber stehen die bisher geringen Fortschritte und die erheblichen sozialen und ökologischen Probleme, die mit dem Abbau und der Weiterverarbeitung von Bauxit einhergehen. Die in Afrika aufgewendete Energie für die Aluminiumproduktion könnte in einer viel effizienteren und sinnvolleren Weise zur Elektrifizierung von Handwerk, Handel, Dienstleistungen und Landwirtschaft eingesetzt werden und damit viel mehr Menschen zur Verfügung stehen. Zugleich kann der Wert des Bauxits und der afrikanischen Kohlelagerstätten auf lange Sicht nur steigen; die Ineffizienz der Verteilung der Erlöse aus diesen Sektoren hingegen kann nicht mehr sehr weit fallen. Von den massiven Exporterlösen der Bauxitminen seit über 50 Jahren hat die guineische Bevölkerung bisher nur wenig profitiert. Die Lagerstätten sind zwar groß, aber auch begrenzt. Aus dieser Sicht wäre es sinnvoll, sich auf andere Sektoren zu konzentrieren und die besagten Rohstoffe erst dann zu fördern, wenn die politökonomischen Rahmenbedingungen für die Umverteilung einer so konzentriert erwirtschafteten Rente gegeben sind.

Abgesehen von dieser wichtigen politökonomischen Frage wurde während des letzten Rohstoffbooms auch wieder verstärkt nach den Abbaubedingungen und der Umverteilung der Rohstoff Erlöse gefragt. Eine einflussreiche Kampagne in diesem Zusammenhang war die *Extractive Industries Transparency Initiative* (EITI), die die Offenlegung

von Zahlungen der Rohstoffkonzerne an Regierungen zum Ziel hat (EITI 2015). Auch der Aufstieg von *Corporate Social Responsibility* oder CSR („soziale Unternehmensverantwortung“) im Rohstoffsektor ging mit dem Rohstoffboom von 2004 bis 2008 einher und führte durchaus zu einer Reihe positiver Veränderungen: Nun wird die ländliche Bevölkerung zumindest befragt, bevor sie gezwungen wird, zukünftige Bergbaugebiete oder Überschwemmungsgebiete zu verlassen und es wird versucht, die Gegebenheiten in den zuvor bewohnten Gebieten woanders wiederherzustellen (z.B. in Bezug auf Wohnungen, Wasserversorgung und landwirtschaftliche Nutzflächen). Das ist insofern ein Fortschritt, als soziale und ökologische Nachhaltigkeit in den afrikanischen Bauxitminen, Tonerderaffinerien und Aluminiumschmelzen bisher keine oder nur eine geringe Rolle spielten. Das verstärkte unternehmerische Engagement im Sozial- und Umweltbereich hat jedoch auch Schattenseiten. Gemäß der Auflagen ihrer Geldgeber wollen die Unternehmen ihre sozialen Aufgaben möglichst effizient erledigen und übersehen langfristige politische Effekte. Sowohl die Aufgabe des Staates als Umverteiler als auch die Rolle der neu geschaffenen lokalen und regionalen Verwaltung wird durch Geschenke der Unternehmen untergraben. Ziehen sie ab, hinterlassen sie sowohl in Bezug auf die Infrastruktur als auch in Bezug auf sozialpolitische Institutionen ein Vakuum, das möglicherweise mehr Armut erzeugt als zuvor beseitigt wurde.

Die Einbeziehung von CSR-Praktiken im Aluminiumsektor äußerte sich 2012 auch in der Gründung der sogenannten *Aluminium Stewardship Initiative* durch westliche Privatkonzerne. Mitglieder dieser Vereinigung sind etwa Coca Cola, Nestle, Tetra Pak, Audi, aber auch die drei größten westlichen Aluminiumkonzerne Rio Tinto, Alcoa und Norsk Hydro. Laut Website geht es den Mitgliedern vor allem darum, es der Industrie zu ermöglichen, entlang der gesamten Wertschöpfungskette „Verantwortung zu demonstrieren“, das Vertrauen von Konsumenten und Stakeholders in Aluminiumprodukte zu stärken und „Reputationsrisiken“ zu reduzieren (ASI 2015). Verglichen mit anderen CSR-Initiativen sind diese Ankündigungen sehr klar formuliert: Es geht um Marketing und das Ansehen der beteiligten Konzerne, mit dem Ziel, die Produktion auszuweiten. Die in diesem Artikel beschriebenen negativen Konsequenzen der Aluminiumproduktion in Afrika haben damit also eher wenig zu tun. Konzerne wie Nestle oder Coca Cola müssten sich bei einer ernst genommenen Nachhaltigkeitsstrategie ganz aus dem Aluminiumsektor zurückziehen. Sensible Bereiche wie Arbeitszeiten und -löhne oder die politischen Konsequenzen der immer stärkeren Konzentration des Aluminiumsektors kommen in diesen Papieren nicht vor oder werden unzureichend behandelt.

Die Gründung dieser Initiative zeigt jedoch einmal mehr, wie sehr die Situation in afrikanischen Ländern von wirtschaftlichen Rahmenbedingungen abhängt, die anderswo festgelegt werden. Die fortschreitende Privatisierung gesellschaftlicher Entwicklungsprojekte in Afrika ist seit Jahrzehnten Teil nationalstaatlich dominierter politischer Strategien in Europa, den USA und einiger aufsteigender Industriestaaten, die auf die Verringerung politischer Verantwortlichkeit bei möglichst effizienter Kontrolle von Rohstoffvorkommen abzielen. Die deutsche Industrie spielt in diesem Zusammenhang eine besonders heikle Rolle: Sie hat die direkte Kontrolle über den Auslandsbergbau weitgehend abgegeben, profitiert von diesen Rohstoffen jedoch enorm. Als die chinesische und andere Regierungen diese Arbeitsteilung in den 2000er Jahren in Frage stellten, in-

dem sie ihre Rohstoffexporte beschränkten, initiierte der Bund der Deutschen Industrie eine europaweite Kampagne, die in der Europäischen Rohstoffinitiative mündete. Diese reagierte auf den Aufstand des rohstoffproduzierenden Südens unter anderem mit einer aggressiven Freihandelspolitik (Custers/Matthysen 2009; siehe auch den Beitrag von Karin Küblböck in diesem Band).

Andere Vorhaben der Europäischen Rohstoffinitiative betrafen die Förderung von Recycling und Ressourceneffizienz sowie den vermehrten nachhaltigen Abbau von Rohstoffen in Europa (European Commission 2010: 12). Ernstgenommene Ressourceneffizienz würde, wie bereits erwähnt, die Verbannung des Aluminiumsektors aus der Verpackungsindustrie und die konsequente Anwendung und Förderung neuer Techniken der Metallverarbeitung im Transportsektor nach sich ziehen (vgl. *The Economist* 2015). Nachhaltiger Bauxitabbau in Europa ist nicht möglich, da die Reserven seit Jahrzehnten erschöpft sind; es gibt jedoch (wahrscheinlich aus Kostengründen) bisher nicht angewandte Methoden zur Gewinnung von Aluminium aus anderen Mineralien, die wahrscheinlich nachhaltiger als der derzeitige Import von Bauxit aus Guinea wären.

Neben diesen sektorspezifischen Herausforderungen zeigt die Lage in Afrika, dass es eine Vielzahl wichtiger Initiativen gäbe, die in den drei Säulen der Rohstoffinitiative keinen Platz finden und sich mit anderen Bereichen überschneiden. Privatwirtschaftlich organisierte Megakonzerne entziehen sich nicht nur der politischen Kontrolle durch Betroffene in Afrika fast vollständig, sondern regeln auch immer größere Bereiche des Alltags globaler KonsumentInnen. Das äußert sich etwa durch Lobbying, private Schiedsgerichte, die Zerstörung der Nahversorgung und so weiter. Es geht in diesem Sinne generell um die Rückeroberung von Handlungskompetenzen durch eine Demokratisierung von Wirtschaft in Nord und Süd. Darunter fallen zum Beispiel Forderungen nach einer Schließung von Steueroasen, einer höheren Besteuerung von Kapital und globale Umwelt- und Sozialstandards im Rahmen der WTO bzw. UNO. Eine Zwischenstation zur Erreichung besserer globaler Produktionsstandards könnte in den nächsten Jahren eine sozial und ökologisch nachhaltige öffentliche Beschaffung werden. Auf diese Weise würden den ArbeiterInnen, den angrenzenden EinwohnerInnen und der gesamten Bevölkerung rohstoffproduzierender Staaten mehr Mittel zur Verfügung stehen, um ihre in vielen Fällen auf nationaler Ebene bereits festgeschriebenen Rechte auch wirklich durchzusetzen.

Ein weiteres Mittel wären nicht zuletzt sektorspezifische Mindestlöhne, die durch bessere internationale Zusammenarbeit von Gewerkschaften erkämpft werden könnten. Solche Kampagnen finden derzeit im Textilsektor statt (vgl. *Asia Floor Wage* 2015). Im industriellen Bergbau mit seiner producentengesteuerten Güterkette wäre das viel einfacher durchzusetzen. Durch eine Angleichung von Löhnen in Nord und Süd innerhalb eines einzigen Konzerns könnten die ArbeiterInnen der globalen Güterkette von Aluminium zumindest einen Bruchteil des ihnen eigentlich zustehenden Anteils an der globalen Wertschöpfung einfordern. Dies wäre etwa am Beispiel von Aluminiumschmelzen oder des Transports von Aluminium und seinen Vorprodukten möglich. Ein erster Schritt in diese Richtung wären vergleichende Studien von Löhnen und Arbeitsbedingungen in technisch gesehen möglicherweise identischen Anlagen, die denselben Konzernen gehören, deren ArbeiterInnen aber nicht von derselben nationalen Regulierung profitieren.

Literatur

- Abasiattai, Monday B./Ekpo, Violetta I./Ezebube, Chukwurah (2013): Alsccon. <https://alscon.net/>, 01.12.2015
- Agnew, John (2005): Sovereignty Regimes: Territoriality and State Authority in Contemporary World Politics. In: *Annals of the Association of American Geographers* 95/2: 437-461
- ASI (2015): ASI-Standards. <http://aluminium-stewardship.org/asi-standards/>, 11.12.2015
- Asia Floor Wage (2015): Welcome. <http://asia.floorwage.org/>, 11.12.2015
- Bäuerle, Lukas/Behr, Maria/Hütz-Adams, Friedel (2011): Im Boden der Tatsachen. Metallische Rohstoffe und ihre Nebenwirkungen. Siegburg: Südwind e.V./Institut für Ökonomie und Ökumene
- Balzli, Beat/Herbermann, Jan Dirk (2000): Berühmte Kundschaft. In: [spiegel.de](http://www.spiegel.de), 29.05.2000. <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-16525418.html>, 16.10.2014
- Bassey, Udo (2015): Investigation: Inside the huge scam leading to sale of Nigeria's aluminium plant, ALSCON, to Russia's RUSAL. In: *Premium Times Nigeria*, 02.06.2015. <http://www.premiumtimesng.com/investigationspecial-reports/184195-investigation-inside-the-huge-scam-leading-to-sale-of-nigerias-aluminium-plant-alscon-to-russias-rusal.html>, 27.11.2015
- Bauer, Tobias/Maissen, Toya (1989): Silbersonne am Horizont: ALUSUISSE – eine Schweizer Kolonialgeschichte. Zürich: Limmat-Verlag
- Brinkmann, Manfred (2004): Silber aus Lehm. Wie nachhaltig ist Aluminium? Aachen: Brot für die Welt
- Brüggmann, Mathias (2007): Oligarch Oleg Deripaska: Wie ein Bulldozer. In: [handelsblatt.com](http://www.handelsblatt.com), 27.04.2007. <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/management/koepfe/oligarch-oleg-deripaska-wie-ein-bulldozer/2801134.html>, 13.08.2014
- Bundesministerium für Gesundheit (2014): Aluminium – Toxikologie und gesundheitliche Aspekte körpernaher Anwendungen. Wien. http://www.bmg.gv.at/cms/home/attachments/3/9/6/CH1146/CMS1402477436830/aluminium_studie_2014.pdf, 27.11.2015
- Campbell, Bonnie K. (2009): Guinea and Bauxite-Aluminium: the Challenges of Development and Poverty. In: Bonnie Campbell, Hg.: *Mining in Africa. Regulation & Development*. Ottawa: International Development Research Centre: 66-119
- Committee on foreign affairs (2007): Prospects for peace in Guinea. Hearing before the subcommittee on Africa and global health of the committee on foreign affairs. Serial No. 110-32. Washington, D.C: US Government Printing Office
- Custers, Raf/Matthysen, Ken (2009): Africa's natural resources in a global context. Antwerpen
- Döschner, Jürgen (2014): Deutsche Alu-Produktion: Schmutzig, teuer, überflüssig. In: [tagesschau.de](http://www.tagesschau.de), 25.02.2014. <http://mobil.tagesschau.de/id=aluminium102;tpl=artikel.xml/aluminium102~nimex.xml>, 16.05.2014
- EITI (2015): Guinea. <http://eiti.org/Guinea/>, 01.12.2015
- Ekpmah, Etim (2014): Labour union protests ALSCON's shutdown. In: *The Punch*, 04.01.2014. <http://www.punchng.com/metro-plus/labour-union-protests-alscons-shutdown/>, 22.09.2015
- European Commission (2010): Critical raw materials for the EU. Report of the Ad-hoc Working Group on defining critical raw materials. https://ec.europa.eu/growth/tools-databases/eip-raw-materials/en/system/files/ged/79%20report-b_en.pdf, 11.12.2015
- Haefliger, Markus M. (2012): Wie Guinea Entwicklungschancen verspielt. In: *NZZ Online*, 10.01.2012. http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/international/wie_guinea_entwicklungschancen_verspielt_1.3880138.html, 10.01.2012
- Hanke, Ulrich W. (2008): Rohstoffe: Schwerer Börsenstart mit leichtem Metall. In: [pme.ch](http://www.pme.ch), 07.02.2008. http://www.pme.ch/de/artikelanzeige/artikelanzeige_print.asp?pkBerichtNr=171244, 28.09.2015

- Hathaway, Terri (2007): Aluminum in Africa. A case study for Earthlife Africa eThekweni and Friends of the Earth. <http://www.internationalrivers.org/resources/aluminum-in-africa-3998>, 01.11.2015
- Harding, Luke/Macalister, Terry (2010): Twilight of the oligarchs as credit crisis hits Russia. In: [theguardian.com](http://www.theguardian.com), 25.10.2010. <http://www.theguardian.com/world/2008/oct/25/russian-oligarchs-oleg-deripaska>, 30.06.2014
- Investguinée (2012): Le patron de Rusal Oleg Déripaska. In: [investguinee.com](http://www.investguinee.com), 14.04.2012. <http://www.investguinee.com/portrait/le-patron-de-rusal-oleg-deripaska/47>, 12.08.2014
- Kennedy, Dominic (2008): To survive the aluminium wars, mettle was needed. In: *The Times*, 05.07.2008
- Khrennikov, Ilya (2012): Rusal Chairman Quits Citing ‚Crisis‘ at Aluminum Producer. In: [bloomberg.com](http://www.bloomberg.com), 13.03.2012. <http://www.bloomberg.com/news/2012-03-13/rusal-chairman-quits-citing-crisis-at-aluminum-producer.html>, 07.08.2014
- Knierzinger, Johannes (2015): Corporate control in Guinean mining towns: How to jump off a lion. Leipzig/Paris: Dissertation
- Küblböck, Karin (2014): Can ‚Undistorted Access‘ Lead to Inclusive Development? The EU Raw Materials Initiative and Possible Effects upon Resource-Based Development in Africa. In: *Journal für Entwicklungspolitik* 30/3: 89-106
- Lanning, Greg/Mueller, Marti (1979): Africa undermined. Mining companies and the underdevelopment of Africa. Harmondsworth: Penguin
- Lee, Bernice/Preston, Felix/Kooroshy, Jaakko/Bailey, Rob/Lahn, Glada (2012): Resources Futures. A Chatham House Report. London. http://www.chathamhouse.org/sites/default/files/public/Research/Energy,%20Environment%20and%20Development/1212r_resources_futures.pdf, 06.08.2013
- Le Figaro (2008): Le Russe qui a perdu 20 milliards d’euros. In: [lefigaro.fr](http://www.lefigaro.fr), 26.12.2008. <http://www.lefigaro.fr/patrimoine/2008/12/24/05001-20081224ARTFIG00242-la-crise-coute-milliards-a-oligarques-russes-.php>, 29.04.2015
- Neue Zürcher Zeitung (2010): Rusal legt schwaches Börsendebüt in Hongkong hin. In: [NZZ.ch](http://www.nzz.ch), 27.01.2010. <http://www.nzz.ch/nachrichten/rusal-legt-schwaches-boersendebuet-in-hongkong-hin-1.4656831>, 05.08.2014
- Nkrumah, Kwame (1963): Africa must unite. London: Heinemann
- Nkrumah, Kwame (1965): Neo-colonialism: The last stage of imperialism. London: Nelson
- Nyerere, Julius K. (1975): The Second Scramble. In: Gideon-Cyrus, M. Mutiso, Hg.: Readings in African political thought. London: Heinemann: 446-448
- OECD (2015): The Observatory of Economic Complexity. <https://atlas.media.mit.edu/en/>, 23.09.2015
- Oved, Marco C. (2015): Ghana: Canadian aid project goes off the rails. http://www.thestar.com/news/world/2014/12/08/ghana_canadian_aid_project_goes_off_the_rails.html, 27.11.2015
- Pechiney Ugine Kuhlmann (1972): Pechiney Ugine Kuhlmann en Afrique. In: *Fusion* (5): 2-3
- Revoïn, Jean-Didier (2012): Rusal: quand le politique l’emporte sur la finance. In: [lecourrierderussie.com](http://www.lecourrierderussie.com), 21.06.2012. <http://www.lecourrierderussie.com/2012/06/rusal-quand-le-politique-l-emporte-sur-la-finance/>, 08.08.2014
- Riverton, John (2014): The Volta River Project. In: Pauline J. Albert/P. Werhane/Tim Rolph, Hg.: Global Poverty Alleviation: A Case Book. Dordrecht: Springer Science+Business Media: 30-56
- Rühl, Lothar (1959): Frankreichs Zeit in Afrika ist abgelaufen. Ein SPIEGEL-Gespräch mit dem Ministerpräsidenten von Guinea, Sékou Touré. In: *Der Spiegel*, 28.01.1959: 40-47. <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-42624424.html>, 10.01.2012
- Senghaas-Knobloch, Eva (1975): The Internationalization of Capital and the Process of Underdevelopment. The Case of Black Africa. In: *Journal of Peace Research* 12/4. <http://www.jstor.org/stable/pdfplus/422922.pdf?acceptTC=true>, 26.04.2013

- Shafer, D. Michael (1986): Undermined: The Implications of Mineral Export Dependence for State Formation in Africa. In: *Third World Quarterly* 8/3: 916-952
- Spiegel Online (2010): Controversy Over Afghanistan Remarks: German President Horst Köhler Resigns. In: Spiegel Online, 31.05.2010 <http://www.spiegel.de/international/germany/controversy-over-afghanistan-remarks-german-president-horst-koehler-resigns-a-697785.html>, 16.09.2013
- Southall, Roger/Melber, Henning, Hg. (2009): *A New Scramble for Africa? Imperialism, Investment and Development*. Scottsville, Kwazulu-Natal: University of KwaZulu-Natal Press
- The Economist (2015): Wings of steel. An alloy of iron and aluminium is as good as titanium, at a tenth of the cost. In: *The Economist* 07.02.2015
- Track Record (2010): Responsible Aluminium Scoping Phase. Main Report. <http://www.trackrecordglobal.com/files/RA%20Scoping%20Phase%20-%20Main%20Report%20v2.pdf>, zuletzt aktualisiert am 28.02.2011, 27.08.2014
- UN (2015): Data. <http://data.un.org>, 30.11.2015
- USGS (2013): United States Geological Survey. <http://www.usgs.gov/>, 07.10.2013
- van der Walt, Johannes C. (2009): Desperate housewives of Empangeni. In: *The Witness*, 30.01.2009. http://www.witness.co.za/?showcontent&global%5B_id%5D=19043, 24.05.2013
- Walker, Shaun (2012): Vekselberg quits war over Rusal. In: *The Independent*, 13.03.2012. <http://www.independent.co.uk/news/business/analysis-and-features/vekselberg-quits-war-over-rusal-7565600.html>, 08.12.2015
- Wiederstein, Alexis (1994): *Alu-Wende. Eine weltweite ökologische und soziale Bestandsaufnahme der österreichischen Aluminiumwirtschaft und Aspekte zur Neuorientierung*. Wien: Ökologie-Institut